

Amtliches Mitteilungsblatt

des Stadt- und Landkreises Bielefeld

Verlautbarungen aller militärischen und zivilen Stellen

Nr. 50

Bielefeld, 29. Juni 1946

Erscheint sonnabends

Die Sitzung der Stadtvertretung

Prüfung der Volksküchen — Appell an die Geschäftswelt — Noch einmal alberne Redereien — Eine Ernährungsdebatte — Wiederinstandsetzung von Wohnungen — Die Treibstoffversorgung und Kraftfahrzeug-Zulassungen

Bielefeld, 27. Juni 1946.

In der Ratsherrensitzung am 26. Juni fehlten entschuldigt die Ratsherren Weiß, Elfers, Hoepner, Herzogenrath, Verleger und Schmidt. Unentschuldig fehlten die Ratsherren Böhm und Daltrop. Zunächst erfolgte die Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 29. Mai 1946 durch den Protokollführer.

Oberbürgermeister Ladebeck: Im Anschluß an das Protokoll möchte ich Ihnen bekanntgeben, daß dank der Mithilfe der Bielefelder Bevölkerung es gelungen ist, die beiden Betriebe hier unterzubringen. Wir werden damit in Zukunft das wohl größte deutsche Schreibmaschinenwerk Olympia in Bielefeld haben und der zweite Betrieb in eine Firma der Kleinteileindustrie, Hacke u. Co., früher Velbert. Beide Firmen haben inzwischen Räume hier bekommen, und ich glaube, wir haben damit eine wesentliche Bereicherung der Bielefelder Industrie erreicht.

Mitteilungen

Oberbürgermeister Ladebeck: Bei mir sind einige Beschwerden über die Volksküchen, die wir eingerichtet haben, eingegangen. Ich möchte hier in aller Öffentlichkeit feststellen, daß eine

Prüfung der Volksküchen

ergeben hat, daß dort das Gegeben wird, was eben möglich ist. Daß wir nicht Koteletts, Spiegeleier und ähnliches verabfolgen können, ist selbstverständlich, aber das, was gegeben werden kann, wird gegeben, und ich habe in der einen Küche eine ganze Anzahl von regelmäßigen Gästen angetroffen und sie gefragt und übereinstimmend das Urteil bekommen: „Wir sind zufrieden“. Ich bitte Sie, die Ratsdamen und Ratsherren, wenn Sie um die Mittagszeit an den Volksküchen vorbeikommen, gehen Sie hinein und überzeugen Sie sich von der Qualität des Essens und geben Sie dann kurz eine Mitteilung: „Ich habe am ... die Volksküche besucht, das Essen war ...“. Wir haben dann dauernd eine Kontrolle über den Zustand des Essens, und außerdem die Gewähr, daß wir uns etwaigen Klagen gegenüber rechtfertigen können.

Weiter möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich auf Wunsch einer Reihe von Ratsherren mit dem Direktor des Arbeitsamtes verhandelt habe. Konform damit ging auch ein Vorschlag des Herrn Groß, daß wir hier in der Stadtvertretung

die Fragen des Arbeitsmarktes

einmal behandeln, um der Bielefelder Bevölkerung Kenntnis zu geben und zu überlegen, in welcher Hinsicht dort Verbesserungen möglich sind. Herr Dörfler hat zugesagt, daß er in einer Versammlung der Ratsherren sprechen will. Heute in 14 Tagen, um 15 Uhr, findet eine neue Ratsherren-Sitzung statt, in der der Leiter des Arbeitsamtes sprechen wird.

Gleichzeitig möchte ich an die gesamte Geschäftswelt Bielefelds die dringende Bitte richten, uns nach Möglichkeit in der

Beschaffung von Arbeitskleidung zu unterstützen.

Es gibt eine ganze Reihe von arbeitswilligen Menschen, die einfach die heute dringend notwendigen Arbeiten nicht übernehmen können, weil wir ihnen keinen Arbeitsanzug geben können, und der letzte, schon seit Monaten oder Jahren auf dem Leibe getragene Anzug kann von den Leuten nicht eingesetzt werden, denn dann ständen sie vor dem Nichts. Ich bitte die Geschäftsinhaber Bielefelds, die irgendwie mit Bekleidung, auch Schuhwerk, zu tun haben, uns zu helfen und beim Wirtschaftsamt oder mir zu melden oder sagen, was sie tun können, damit solche Fälle von uns aus behoben werden können.

Von der Militärregierung ist eine Anordnung eingegangen, daß

die Ratsherren sämtlich zu verurteilen

sind. Sie erhalten nachher die Eidesformel ausgehändigt und ich bitte Sie, diese in der geschlossenen Sitzung zu unterschreiben und abzugeben.

Der in der vorigen Sitzung beantragte Antrag auf zusätzliche Lieferung von Gas und Strom für Einkochzwecke

ist von mir an die Militärregierung weitergegeben worden. Ich habe die Antwort von der Militärregierung darauf vorliegen:

„Wir verstehen, daß das Einmachen von Früchten die Ernährungslage in Deutschland erleichtern wird und die Angelegenheit ist nach Berlin weitergegeben worden, wo sie bei der Viermächte-Instanz besprochen werden wird.“ Die hiesige Militärregierung kann von sich aus keine Erhöhung der Gas- und Stromzuteilung genehmigen. Wir hoffen aber, daß in Berlin der Antrag im gleichen Sinne behandelt wird, wie hier, wo man ihm wohlwollend gegenüber steht.

In der letzten Hauptausschußsitzung habe ich mitgeteilt, daß die Vorsitzenden aller politischen Parteien demnächst durch einen Vertreter der M.-Regierung bzw. einen aus England kommenden Vertreter der dortigen Regierung interviewt werden sollen. Ich weiß nicht, ob

Sie schon die Namen angegeben haben, bitte Sie aber, soweit die Vorsitzenden selber hier sind, einen Fragebogen mitzunehmen. Es handelt sich in erster Linie um die Fragen, die dort besprochen werden sollen. Sie wollen bitte nachher, wenn wir vor der geschlossenen Sitzung eine kurze Pause haben, die Fragebogen abholen.

Von der Militärregierung ist weiter heute eine schriftliche

Anordnung bezüglich des Wohnungsausschusses

eingegangen. Dem Wohnungsausschuß werde ich diese Unterlagen einreichen. Das wesentliche darin ist, wenn auch dies nach der englischen Formulierung nicht ohne weiteres ersichtlich ist, daß der Wohnungsausschuß Tagungen abhalten soll, ohne Anwesenheit der Beamten und daß an diesen Tagungen der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden soll, selbst ihre Wünsche vorzutragen. Persönlich möchte ich glauben, daß die Bevölkerung soviel vom Nationalsozialismus abgekommen ist, daß sie auch in Gegenwart der Beamten den Mut hat, ihre Belange zu wahren und zu vertreten. Der Wohnungsausschuß hat beantragt, daß ich in einer öffentlichen Erklärung einen Beamten des WA. ohne Namensnennung rechtfertige

gegen falsche Angriffe seitens der Bevölkerung.

Die Vorwürfe haben sich als haltlos erwiesen und ich stelle fest, daß in Zukunft gegen Verleumdungen rücksichtslos von Seiten der Stadt eingeschritten wird durch Strafantrag beim Gericht. Wir haben keine Veranlassung, unsere Beamten mit Dreck bewerfen zu lassen. Ich bitte die gesamte Bevölkerung, derartige Dinge so aufzunehmen, wie sie sind, nichts anderes als dumme Redereien.

Ich möchte Ihnen weiter bekanntgeben, daß in der vorletzten Woche eine Besprechung mit dem obersten Vertreter der englischen Regierung hier im Vereinshaus stattgefunden hat. Geladen waren Herr Oberstadtdirektor Dr. Vincke und der stellv. Oberbürgermeister Herr Landmeyer und ich. Herr Landmeyer war in Urlaub, deswegen war Frau Dr. Steinblitz bei der Besprechung zugegen. Mr. Berly stellte die Frage:

Wie sieht es mit der Demokratisierung der Verwaltung aus?

Ich habe die Bedenken vorgetragen, die hier seitens der Ratsherren geäußert worden sind über die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse, die nicht mit deutschen Gesetzen übereinstimmen, oder für die keine gesetzlichen Grundlagen vorhanden sind. Mr. Berly hat bestätigt, daß der Weg, den wir gegangen sind, durchaus in Ordnung sei. Wir können Beschlüsse fassen und haben sie der Mil.-Reg. einzureichen. Wenn sie dort als berechtigt und notwendig anerkannt werden, haben sie Gesetzeskraft. Ich glaube, daß damit der Streit über die Rechtsgültigkeit der hier gefaßten Beschlüsse als erledigt betrachtet werden kann und ich bitte Sie um Ihre Mitwirkung und die Verantwortungsbereitschaft, die dazu gehört, solche Beschlüsse zu fassen im Interesse der Stadt.

Nun noch ein paar kurze Worte zu einem Vorgang, den ich in der letzten Sitzung bereits erwähnte. Ich habe darauf hingewiesen, daß ich gegenüber

den Redereien,

daß die Engländer deutsche Butter beschlagnahmt hätten, 2 Pfund Butter als Preis aussetzte. Die Wirkung dieser Bekanntmachung bewies, wie sehr ich recht damit hatte. Die erste Karte, die ich bekam, hatte ungefähr folgenden Inhalt: „Du Lump, Du Schuft, wo hast Du die Butter her. Entweder hast Du sie vergraben, oder Du hast sie nicht, dann bist Du ein Lügner.“ Meine Damen und Herren, ich habe die Butter nicht. Ich brauche sie auch nicht, weil ich wußte, daß keiner den Beweis erbringen konnte. Ich bitte Sie, auch gleichlautenden Gerüchten entgegenzutreten, die besagen, daß der Spargel beschlagnahmt sei. Eine hochgestellte Persönlichkeit berichtete: Eine eben aus England gekommene Dame habe erzählt, daß sie auf der Rückreise aus Schottland in London gewesen sei und dort so viele deutsche Erdbeeren auf den Straßen verkauft würden, daß sie nicht abgesetzt werden konnten. „Woher die Erdbeeren bloß kommen sollen?“ Es ist bedauerlich, daß selbst Leute, von denen man sonst sagt, daß sie klug, überlegend und sachlich sind, solche Gerüchte weiterzählen. (Zwischenruf: Böswilligkeit!) Nein, keine Böswilligkeit, wahrscheinlich politische Urteilsunfähigkeit, die uns letzten Endes in das Unglück geführt hat, in dem wir heute sind.

Dann noch eine Mitteilung über den Antrag des Ratsherren Will. Er hatte seinerzeit zu unserer Raumnutzungssteuer bzw. der Grundsteuer einen Antrag eingebracht. Inzwischen ist schriftlich vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen die Mitteilung gekommen, daß die Militärregierung endgültig

die Abwälzung der erhöhten Grundsteuer

ablehnt. Das Argument, daß Bremen eine Abwälzung durchgeführt habe, kann für uns nicht in Rech-

nung gestellt werden, denn Bremen ist unter amerikanischer Verwaltung. Dort wird die Abwälzung gestattet.

Ratsherr Jagenburg: Ich habe zwei Fragen an Sie zu richten. Nach § 11 der Mustersatzungen besteht der Hauptausschuß an Stelle des früheren Magistrats und des beratenden engeren Ausschusses des vergangenen Jahres. Mir erscheint es daher erforderlich zu sein, daß der Hauptausschuß einmal wöchentlich zusammentritt um die laufenden Eingänge zu erledigen. Zweitens: In dem Amtlichen Mitteilungsblatt vom 15. Juni steht über die neuen Bezugsmarken,

die zur Verteilung kommen, folgendes: Um die Gewähr zu haben, daß die wenigen Stücke, die vorhanden sind, tatsächlich an diejenigen gelangen, die sie am nötigsten brauchen, ist die Bewilligung im einzelnen nach Prüfung durch das Wirtschaftsamt durch einen aus Stadtverordneten bestehenden Ausschuss vorzunehmen. Ich bitte Sie, mir anzugeben, welcher Ausschuss das ist.

(Zwischenruf: Gewerbeausschuß.)

Oberbürgermeister Ladebeck: Zu der Frage 1): Sie haben recht, daß der Hauptausschuß die täglichen Angelegenheiten erledigen soll. Es ist aber nicht mehr so, daß er letzten Endes alle Aufgaben des Magistrats übernehmen soll. Den größten Teil übernehmen die Unterausschüsse. Im Straßenverkehrsausschuß werden die Aufgaben des Straßenverkehrsamtes erledigt, im Wohnungsausschuß die des Wohnungsamtes. Dadurch sind erhebliche Aufgaben, die der Magistrat früher erledigt hat, in Fortfall gekommen. Zur Frage Nr. 2 folgendes: Das Beschlusrecht des Magistrats besteht in der alten Form nicht mehr, sondern geht über an die Hauptausschüsse. In dringlichen Fragen wird der Hauptausschuß immer wieder einberufen. Ich glaube nicht, daß hier die Demokratisierung irgendwie gefährdet ist. Wir stehen in dem Ruf, daß wir in dieser Hinsicht am weitesten sind.

Ratsherr Wirth: Ich möchte bei dieser Gelegenheit darum bitten, die Beschlusrechte der einzelnen Ausschüsse möglichst bald festzulegen, damit die Unklar-

Kreistag am 3. Juli

Am Mittwoch, dem 3. Juli 1946, findet um 15 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses zu Bielefeld die fünfte Sitzung des Kreistages des Landkreises Bielefeld statt. Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

1. Aufnahme weiterer Flüchtlinge.
2. Brennstoffversorgung der Bevölkerung.
3. Inbetriebnahme des Kinderheims in Norden.
4. Berichte über Ausschusssitzungen.
5. Verschiedenes.

gez. Baurichter.

heften über die Befugnisse der Ausschüsse bald behoben werden.

Punkt 2: Wahl eines Polizeiausschusses.

Oberbürgermeister Ladebeck: Die Militärregierung hat mich darauf hingewiesen, daß sie großen Wert darauf legt, zwischen der Polizei und der Bevölkerung ein gutes Einvernehmen herzustellen. Teilweise ist das heute sicherlich nicht der Fall. Ob das immer an einer Seite liegt, wage ich nicht zu entscheiden. Aber erwünscht ist das. Die englische Polizei ist in der ganzen Welt bekannt, dank ihrer besonderen Art, ihre Aufgaben zu erledigen, nicht im Sinne der früheren preußischen Polizeibeamten, sondern als Freund und Berater des Publikums. In dieser Richtung soll die

Reform bei der deutschen Polizei

in Zukunft auch gehen, und darum legt die Militärregierung großen Wert darauf, von einem Ausschuss bei dieser Arbeit beraten zu werden. Ich habe diesem Wunsche gern Folge geleistet und bitte Sie, diese Anregung zu verwirklichen, indem Sie einen Ausschuss von vier Personen wählen, der mit der Militärregierung die Fragen der Polizei dauernd besprechen kann.

Vorgeschlagen und einstimmig gewählt wurden die Ratsherren Jostes, Heinrichs, Weiß und Heiner.

Die Obst- und Gemüseversorgung

Punkt 3: Antrag der Ratsherrin Dr. Steinblitz auf Aufhebung der Beschlagnahme von Obst.

Frau Dr. Steinblitz: Ich habe meinem Antrag eine neue Form geben müssen, weil mir Tatsachen bekannt wurden, die ich annehmen mußte, daß ich mit dieser Fassung nicht zum Ziele gekommen wäre und daß der Antrag in der alten, ihnen vorliegenden Form zu Mißverständnissen führen könnte. Ich verlese nunmehr den neuen Antrag: „Das Stadtparlament möge folgendes beauftragen: 1. in Klein- und Hausgärten soll die Festsetzung von Ablieferungsstellen für Obst erfolgen, wenn die geernteten Mengen eine überreiche Deckung des Eigenbedarfs bedeuten würde. 2. die festgesetzten anzuliefernden Mengen sollen vornehmlich den Stadthaushalten zugeführt werden. 3. es soll sichergestellt werden, daß durch die Bezirksabgabestelle soviel Obst zur Herstellung von Süßmosten zur Verfügung steht, daß der dringendste Bedarf für Kranke, Schwangere und Kleinkinder gedeckt ist.“

Man versteht unter Kleingärten immerhin Gärten bis 600qm, auch darüber. Auch die Hausgärten haben dann eine entsprechende Größe. Wenn diese Gärten nun viel Obst enthalten, so scheint es uns nicht unbillig zu sein, wenn davon etwas Obst beschlagnahmt würde, besonders wenn eine überreiche Deckung des eigenen Bedarfs klarstände. Der Besitzer würde dann seine Arbeit belohnt sehen, und es käme auch noch etwas zur Verfügung in die Stadt, denn der Städter sehnt sich ungeheuer nach etwas Frischobst und hofft, daß er die knappe und schlechte Ernährung etwas erweitern und verbessern kann. Wir sehnen uns auch sehr danach, etwas eigene Marmelade einzukochen, weil wir fürchten, mit der Zuteilung nicht hinzukommen. Wenn ich den Süßmost ausnehme, so deswegen, weil ich ihn nicht als Genußmittel betrachte, sondern als Medizin, und darum habe ich angeführt, daß er für Kranke, Schwangere und Kleinkinder sein soll. Wir haben Fälle in der Medizin, wo wir durch Zusatz von Süßmost wichtige Gesundheitserfolge erzielen konnten. Aus meiner Erfahrung in der Kleinkinder- und Säuglingsfürsorge kann ich sagen, daß der Zusatz von Süßmost eine unbedingt vitaminreiche Nahrung darstellt. Darum bitte ich, meinem Antrag die Zustimmung zu geben und bitte Herrn Medizinalrat Dr. Redeker über die Bedeutung des Süßmostes etwas zu sagen.

Med.-Rat Dr. Redeker: Ich kenne den abgeänderten Vorschlag von Frau Dr. Steinblitz nicht und kann im einzelnen nicht dazu Stellung nehmen, sondern nur grundsätzlich. In der heutigen gemüsearmen Zeit ist uns in den Sommermonaten Obst als die einzige Möglichkeit gegeben, Vitamin C zu erhalten und in Form des Süßmostes zu konservieren. Die Vitaminzufuhr hat in der Medizin eine große Rolle gespielt, vor allem Dingen bei allen Infektionskrankheiten, bei denen wir nicht nur Vitamin A und B geben, sondern auch Vitamin C. Ich möchte den Antrag von Frau Dr. Steinblitz der ernährungshygienisch in jeder Weise notwendig ist, ohne es Ihnen im einzelnen erklären zu müssen, sehr unterstützen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Da niemand von Ihnen dazu spricht, sehe ich mich gezwungen, dazu zu sprechen. Der Erlaß des Oberpräsidenten verlangt nicht etwa die Ablieferung des gesamten geernteten Obstes seitens der Erzeuger. Jedem Erzeuger wird das für seinen eigenen Haushalt notwendige Obst belassen. Was darüber ist, soll er abliefern. Diese Anordnung ist getroffen worden; weil

die Versorgung der gesamten Bevölkerung gefährdet ist. Wir haben nicht mehr die Möglichkeit, auf Zufuhren vom Ausland zurückzugreifen. Wir stellen heute Marmelade her unter Verwendung von 25 Prozent Obst und 75 Prozent anderen Stoffen wie Zuckerrüben, Steckrüben usw. Das ist sicherlich kein idealer Brotaufstrich, aber es ist ein Brotaufstrich für den, der gar nichts anderes hat. Daher die Beschlagnahme des Obstes über den eigenen Bedarf hinaus. Das ist der eine Punkt, den Sie klar sehen müssen, wenn Sie beschließen wollen.

Der 2. Punkt ist der: In der Stadt Bielefeld erfolgt überhaupt

keine Erfassung der Erzeuger mit Beschlagnahme.

Das ist technisch durch die Bezirksabgabestellen überhaupt nicht möglich, weil die Kräfte dafür fehlen. Es wird also seitens der Bez.-Abgabestellen nichts anderes getan werden können, als an den gesunden Menschenverstand der Bielefelder Erzeuger zu appellieren, daß sie bereit sind, das abzugeben, was sie selbst nicht brauchen, und zwar nicht an irgendwelche Private, sondern an die Bezirksabgabestellen, damit es dann zur Marmeladenherstellung zur Verfügung steht.

Der 3. Punkt ist der: Die Süßmostverarbeitung für den privaten Obsterzeuger ist absolut nicht verboten, dagegen ist aber

die gewerbliche Süßmostherstellung verboten.

D. h. also, es darf keine Süßmostherstellung, wie z. B. Bansi, Obst aufkochen, um es zu vermosten, sondern das Obst soll der Marmeladenherstellung zugeführt werden. Ich möchte Ihnen zur sachlichen Klarheit doch hier sagen:

Punkt 1 des Antrages verlangt, daß die geernteten Obstmengen bei dem Erzeuger verbleiben sollen, auch wenn es eine überreiche Deckung des eigenen Bedarfs bedeuten würde. Da keine Kontrolle ausgeübt wird, wird es sowieso schon der Gewissenspflicht des Erzeugers überlassen, wieviel er für seinen Bedarf einsetzt. Ich möchte nur wünschen, soweit wir überhaupt abgabefähige Obsterzeuger in Bielefeld haben, daß sie ihr eigenes Interesse zurückstellen, damit wir im nächsten Winter ausreichend mit Marmelade versorgt werden. Die Bezirksabgabestelle darf von sich aus nicht ohne weiteres die von ihr erfaßten Mengen den Stadthaushalten zuführen. Wenn wir also beschließen, die Bezirksabgabestelle soll das von ihr erfaßte Obst, das der Marmeladenherstellung zugeführt werden soll, in die Stadt hereinbringen, dann unterbinden wir damit die Verwertung dieser Mittel für den vorgesehenen Zweck, und ich möchte nicht verfehlen, Sie auf die Wirkung in der Öffentlichkeit hinzuweisen, die

eine Durchbrechung des Marktes

nach sich zieht.

Ich wurde in der vorigen Woche von Gemüsebauern im Landkreis angerufen. Es wurde mir mitgeteilt, daß die Abnahme von Gemüse beim Erzeuger einen derartigen Umfang annahm, daß das in keiner Weise mehr zugelassen werden kann, wenn nicht auch das letzte Bißchen, das in die Stadt hereinkommen sollte, verschwinden sollte.

Darauf habe ich mich mit dem Oberkreisdirektor und dem Landrat in Verbindung gesetzt. Wir sind in den Landkreis gefahren und haben vielleicht 10 Hufe besucht. Auf jedem Hofe waren Zivilisten, also Einzelkäufer, die Frischgemüse abholten, in erster Linie Wirsing. Wieviel, das war ganz verschieden. Es ging bis zu einem Sack voll, und wenn die Bauern auf den Felder ihren Kohl schnitten, damit er in die Stadt kommt, dann standen die Städter und die Flüchtlinge des Landkreises auf dem Acker und hielten die Köpfe weg, auch unter Drohungen. Das ist die Folge, wenn erst irgendwelche Anordnungen durchbrochen wird. Wenn die Erzeuger anfangen, etwas abzugeben, dann gibt es keinen Halt mehr. Ich habe einzelnen dieser Leute aus der Stadt klarmachen versucht, daß sie sich an der Gesamtbevölkerung versündigen. Wenn der eine 6 Köpfe nach Hause bringt, der vielleicht nur 1 oder 2 in der Stadt bekommen würde, dann entzieht er 4 den anderen.

Ich habe früher als Landrat angeordnet: Wenn jemand mit 10 Pfund Kartoffeln kommt, der wird nicht angehalten, denn die braucht er für seinen Bedarf. Bei anderen Sachen ist das ganz genau so. Wenn es aber solche Ausmaße annimmt wie jetzt, daß

auf den Feldern der Kohl abgeholt

wird, oder wenn es so geht, wie es in den letzten Tagen tatsächlich passiert ist, daß ein ganzes Feld einfach, ohne vorher mit dem Erzeuger irgendwelche Rücksprache zu nehmen, restlos abgeerntet wird, dann sind wir an der Grenze dessen angekommen, was wir ertragen können. Dasselbe kommt dann bei den Früh-

Einreise nach dem Vereinigten Königreich

Folgende Kategorien notleidender Personen werden von jetzt ab zur Einreise nach dem Vereinigten Königreich zugelassen:

1. Die Frau eines Mannes, der im V. K. wohnt und alle seine Kinder unter 21 Jahren. Wenn die Einreise der Frau und der Kinder unter 21 Jahren die Wirkung hat, daß eine unverheiratete oder verwitwete Tochter ohne Kinder allein und in Not zurückbleiben würde, so kann auch diese ein Visum erhalten.
2. Der Ehemann einer Frau, die im V. K. wohnt, sofern er arbeitsunfähig, krank oder zu alt ist, um seine Frau im Ausland zu unterhalten.
3. Weibliche Personen unter 21 Jahren mit ihren etwaigen Kindern, sowie männliche Personen unter 18 Jahren, die im Ausland keine Verwandten haben, die für sie sorgen, die aber im V. K. einen Verwandten haben, der Willens und in der Lage ist, sie in seinen Haushalt aufzunehmen. Wenn das Ergebnis der Einreise einer oder mehrerer Personen des vorgeschriebenen Alters zum Ergebnis haben würde, daß ein Bruder unter 21 Jahren oder eine unver-

heiratete oder verwitwete, kinderlose Schwester unter 25 Jahren allein und in Not zurückbleibt, so kann diesem bzw. dieser ein Visum erteilt werden.

4. Die Mutter oder Großmutter einer im V. K. wohnenden Person, sofern sie verwitwet ist und der Pflege seitens ihrer Kinder bedarf.
5. Der Vater oder Großvater einer im V. K. wohnenden Person, sofern er verwitwet ist und infolge seines Alters oder seiner Gebrechlichkeit besonderer Fürsorge bedarf.
6. Wenn ein Ehepaar zusammen im Ausland wohnt, können solche Paare zugelassen werden, sofern wegen ihres Alters oder ihrer Gebrechlichkeit oder aus anderen besonderen Gründen sie nicht in der Lage sind, für einander zu sorgen und einander zu unterhalten und ihnen von einem Kind oder Enkelkind im V. K. Gastfreundschaft angeboten wird.

Die Antragsteller haben sich bei dem PS-Offizier, Bielefeld, Ravensbrger-Straße 123, zu melden, wo sie Auskunft über das einzuschlagende Verfahren erhalten werden.

kartoffeln noch einmal. Ich möchte Sie warnen vor Beschüssen, die irgendwie die Marktordnung unterbrechen. Ich möchte Sie vielmehr bitten: Verbreiten Sie in der Bevölkerung den Gedanken, daß das, was da draußen zu unrecht weggeholt wird, dem genommen wird, dem es rechtmäßigerweise zugeführt werden soll. Wir wollen nicht verhindern, wenn irgend jemand ein paar Pfund Kartoffeln abholt. Wir müssen aber verhindern, daß mit Zustimmung irgendwelcher öffentlichen Organe die Marktordnung durchbrochen wird. Im übrigen aber mögen Sie beschließen.

Frau Triem: Hinter diesem Antrag stehen die Bielefelder Frauenvereine. Ich selbst habe auch dem Antrag zugestimmt. Ich muß aber auch jetzt erklären, daß ich mich darüber habe belächeln lassen, daß der Antrag doch wohl nicht so laufen kann, und Frau Dr. Steinblüß hat ihn auch bereits geändert. Ich glaube, wir können uns so dazu äußern: Wenn es feststeht, daß Klein- und Strebergärtner nichts oder nur dann abgeben sollen, wenn sie sehr reiche Ernte haben. Es gibt nur unnötige Unberuhigung, und ich befürchte, man erfährt das anfallende Obst doch nicht ganz, und deshalb wäre ich dafür, daß man diese Gruppe freiläßt. Zum andern muß ich einsehen, daß alle großen Erzeuger ihre den Eigenbedarf überschüssende Ware restlos abgeben müssen. Ich bin weiter zu der Überzeugung gekommen, daß gewerbsmäßige Süßmostherstellung nicht vertretbar ist, wenn es heißen muß, die Marmelade muß dem Süßmost vorgehen. Vielleicht finden wir auf dieser Basis eine Einigung.

Ratsherr Dr. Möhle: Ich möchte noch folgende Zahlen nennen: Wir haben für die Marmeladenherstellung insgesamt in Normalzeiten 180 000 t Pulque gebraucht, davon waren 140 000 t eingeführt, und zwar der größte Teil aus Bulgarien, Schweiz, Italien, Spanien und anderen Ländern. Ungefähr 20 Prozent des Bedarfs an Marmelade waren gedeckt aus eigenem Obst. Das eigene Obst ist in stärkerem Maße kaum heranzuziehen. Es ist deshalb nötig,

auf das Frischobst weitgehendst zu verzichten zu Gunsten der Marmeladenherstellung. Der Antrag von Frau Dr. Steinblüß stellt keinen Eingriff in die Bewirtschaftungsvorschriften dar. Der Punkt stimmt wenigstens mit dem überein, was rechtlich ist, nämlich nur die Menge soll abgegeben werden, die den eigenen Bedarf überschreitet. Es soll nicht abgegeben werden, was wir selbst brauchen.

Ich befürchte, den Punkt 2 werden wir nicht durchbekommen, und persönlich muß ich sagen, ich würde den Punkt 2 auch nicht befürworten, wohl aber den Punkt 3.

Frau Dr. Steinblüß: Selbstverständlich will keiner von uns diese Hamsterei unterstützen, aber sie ist schließlich nur ein Ausdruck dessen, was die Bevölkerung leidet.

Zu meinem Antrage möchte ich noch sagen: Punkt 2 ziehe ich zurück, aber Punkt 3 möchte ich gern stehen lassen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Die Bezirksabgabestelle hat mir in dieser Angelegenheit folgendes geschrieben: „In der generellen Anordnung 1/45 heißt es, daß sämtliche der Ernährung dienende Gartenbauerzeugnisse, auch Obst, ablieferungspflichtig sind. Ausgenommen hiervon ist die Bedarfsdeckung des eigenen Haushaltes. Die vorgesehene Schätzung und gleichzeitige Festsetzung eines Ablieferungssolls konnte aus technischen Gründen in den geschlossenen Ortschaften, insbesondere in Bielefeld-Stadt, bisher nicht durchgeführt werden. Die Bestimmung, daß das Beerenobst ausschließlich zur Herstellung von Marmelade den Marmeladenfabriken zur Verfügung gestellt werden sollte, ist dahingehend abgeändert worden, daß bei den zu erwartenden außerordentlich geringfügigen Anfall bei der Stadt Bielefeld vorab die Krankenanstalten zu beliefern sind. Meiner persönlichen Überzeugung nach ist auch im laufenden Jahre, wie schon in den Vorjahren, die Ablieferung von Beerenobst aus dem Stadtgebiet gleich Null. Ich bin trotzdem der Überzeugung, daß die Anordnung im Interesse der Ernährungssicherung in vollem Umfange bestehen bleiben muß. Eine örtliche Lockerung würde zweifelsohne auch auf die erwerbsmäßigen Anbaugesunde übergreifen und die schon jetzt stark herabgesunkene Ablieferungsmoral noch weiter ungünstig beeinflussen.“

Ich darf Ihnen gleichzeitig, unabhängig davon, von einem Schreiben Kenntnis geben, das ich vor einigen Tagen erhielt, und das mir letzten Endes Veranlassung gibt, Ihnen meine Sorgen vorzutragen. In diesem Schreiben steht u. a.: „In den stadtnahen Gebieten nimmt

der Direktverkauf von Erzeugern zum Verbraucher Formen an, die die planmäßige Versorgung der Stadtbevölkerung gefährden. Zum Teil gibt der Erzeuger und hier insbesondere dem Letztverbraucher aus der Erkenntnis der Notlage des Einzelnen heraus geringe Mengen ab. Dem wäre kaum etwas entgegenzusetzen, wenn es in kleinen Grenzen bliebe. Wir haben jedoch immer wieder festgestellt, wenn der Erzeuger bei einzelnen diese Ausnahme macht, er in ganz kurzer Zeit nicht mehr Herr seiner Ware ist. Er kann nicht mehr feststellen, ob der Einzelne in besonderer Notlage ist, woher der Verbraucher kommt, ob derselbe nicht bei vielen Züchtern dieselben Ansprüche stellt. Wir haben aber auch wiederholt festgestellt, daß der Züchter sich durch das Angebot eines bedeutend höheren Preises zur Abgabe größerer Mengen verleiten läßt oder daß er im größeren Ausmaße

Tauschgeschäfte mit anderen verknappten Erzeugnissen vornimmt. Den beiden letzteren Vorgängen muß u. E. mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.“

Ratsherr Groß: Ich möchte auch sagen, daß es nach diesen letzten Ausführungen des Oberbürgermeisters nicht notwendig ist, einem solchen Antrag zuzustimmen. Sachlich steht fest: In der Stadt Bielefeld wird keiner von den Hausgartenbesitzern davon betroffen. Der Antrag ist nur Wahlpropaganda. Für wen sprechen wir? Es können nur agitatorische Gründe sein. Ich bitte, den ganzen Antrag fallen zu lassen.

Frau Dr. Steinblüß: Ich bedauere zwei Worte von Herrn Groß. Es ist keine Wahlpropaganda. Es sind keine egoistischen Gründe, die liegen uns gänzlich fern. Wenn hier gesagt ist, daß in Bielefeld keine Ablieferungs-pflicht besteht, so ist das ein Irrtum; denn ich weiß, daß in den Gärten an der Donnersburg Obst beschlagnahmt wurde (Zwischenruf: Das ist Ueuerentr — also Landkreis). Ich glaube, daß wir die §§ 1 und 3 doch ruhig stehen lassen können.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich lasse getrennt abstimmen über Punkt 1 und 3. Punkt 1: wird gegen 3 Stimmen abgelehnt. — Punkt 3: wird gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich habe versäumt, Sie darauf aufmerksam zu machen — es hat zwar nichts direkt damit zu tun — die Not in unserer Zone wird noch größer werden. Die Zahl der Flüchtlinge, die wir bisher aufgenommen haben, beträgt etwa ein Drittel der Gesamtsumme.

Bielefeld bekommt noch weitere 16 000 Flüchtlinge in nächster Zeit. Ich wollte das nur in dem Zusammenhang sagen, damit Sie den ganzen Ernst unserer Lage auf allen Gebieten richtig sehen und daß wir dementsprechend richtig handeln.

Das Schulgeld der Meisterschule

Punkt 4: Schulgelderhöhung für die Tagesschüler der Meisterschule je Semester von RM. 60.— auf RM. 150.—

Ratsherr Jostes: Die Meisterschule gehört zu den Einrichtungen, deren Existenz auf Grund der Sparmaßnahmen in Frage gestellt war. Bekanntlich hatte das Kollegium einen Ausschuss zusammengestellt, der die Aufgabe hatte, alles noch einmal zu prüfen und Wege zu finden, die es vielleicht doch ermöglichen, die Schule, die wir als eine wertvolle Einrichtung betrachten, zu erhalten. Dem Ausschuss ist es gelungen, die Frage restlos zu lösen. Es ist gelungen, weil sowohl Kreise der Wirtschaft als auch Private ihre besonderen Interessen an den Tag gelegt haben. Ich darf auch sagen,

Lebensmittelzuteilung in der 90. Zuteilungsperiode

Auflaufplan für die 2. Woche vom 1. Juli bis 7. Juli 1946 (Mengen in Gramm)

Lebensmittelkarten für	Gesamt-Ration in der 90. Z.-P.	Auflauf-Ration in der 2. Woche	Brot						Nährmittel					
			Auflaufabschnitte						Auflaufabschnitte					
			Kleinabschnitte II	Großabschnitte B	Verschied. Nr. oder Buchstabe	Großabschnitte Menge	Rest-Ration		Kleinabschnitte St	Großabschnitte N	Großabschnitte	Rest-Ration		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Erwachsene	11. 21. 31	5000	1000	10×50	500	—	—	2500	1000	—	*4×25	*6×25	—	750
Jugendliche	12. 22. 32	8000	2000	10×50	500	F	1000	4000	2000	—	*4×25	*6×25	—	1250
Kinder	13. 23. 33	5500	1000	10×50	500	—	—	3000	2000	—	*4×25	*6×25	—	1250
Kleinkinder	14. 24. 34	3500	1000	10×50	500	F	—	1500	1250	—	*4×25	*6×25	—	1000
Kleinstkinder	15. 25. 35	2500	1000	10×50	500	—	—	1000	1500	—	*4×25	*6×25	—	1250
Säuglinge	16. 26. 36	2000	500	—	—	II	o500	1000	1500	250	*4×25	*6×25	**250	1000
Vollselbstversorg. ü. 6 J.	41	—	—	—	—	—	—	—	250	—	*4×25	*6×25	—	—
unter 6 Jahre	44	—	—	—	—	—	—	—	250	—	*4×25	*6×25	—	—
Selbstversorgerbrotk.	46	8000	2000	10×50	500	F	1000	4000	—	—	—	—	—	—
Arbeiterzusatzkarte	Z 60	1600	400	8×50	—	—	—	800	—	—	—	—	—	—
Erg.-K. f. Schwerarb.	S 66	400	100	2×50	—	—	—	200	1500	375	—	5×25	V 250	750
Brot anst. v. Kartoffeln	—	2000	500	—	—	KII	—	1000	—	—	—	—	—	—
Erg.-K. f. Schwerarb. Sst 67	—	3000	750	5×50	—	R	500	1500	1500	375	—	5×25	V 250	750
Brot anst. v. Kartoffeln	—	2000	500	—	—	KII	—	1000	—	—	—	—	—	—
Erg.-K. f. Teil-Schwerarb. Ts 68	—	1000	400	8×50	—	—	—	500	750	—	—	—	—	375
Brot anst. v. Kartoffeln	—	1000	—	—	—	KII	—	500	—	—	—	—	—	—
Ber.-Karte f. Mütter	70	3500	1000	10×50	500	—	—	1500	1500	—	*4×25	*6×25	—	1250
Brot anst. v. Kartoffeln	—	1000	—	—	—	—	—	500	—	—	—	—	—	—
Brot a. d. Bezugsausweis ü. 3 J	—	2000	500	—	—	II	—	1000	—	—	—	—	—	—
für Speisekartoffeln bis 3 J	—	1000	—	—	—	—	—	500	—	—	—	—	—	—

o 500 g Dauerbackwaren. *Diese Abschnitte sind vom 1. Tage ab in der ganzen Zuteilungsperiode gültig! ** auf N 3. Die Abschnitte M aller Lebensmittelkarten periode über Nährmittel beliefert werden können.

1. Brot. Auf die Abschnitte über 500 g Brot der 2. Woche (II) der Lebensmittelkarten für Säuglinge 16, 26 und 36 werden 500 g Dauerbackwaren abgegeben, ebenso auf die Abschnitte B der Lebensmittelkarten für Kleinkinder und Kleinstkinder 14, 24, 34 und 15, 25, 35

2. Nährmittel. Auf die Abschnitte über Nährmittel darf Brot nicht geliefert werden.

3. Brot anstelle von Kartoffeln. Auf jeden Abschnitt der Bezugsausweise über Speisekartoffeln und jeden Abschnitt K der Berechtigungskarte M 70 sowie der Er-

gänzungskarten S 66 und Sst 67 wird anstelle von 2000 g Speisekartoffeln 500 g Brot abgegeben.

4. Speisekartoffeln. In einigen Kreisen war es möglich, auf Grund von Lieferungen außerwestfälischer und ausländischer Gebiete Speisekartoffeln abzugeben. In jedem Falle ist die Abgabe von Speisekartoffeln nur dann zulässig, wenn das Ernährungsamt Abt. B bzw. die Abrechnungsstelle dies bekanntgegeben hat. In Bielefeld-Stadt ist von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und die Ausgabe von Speisekartoffeln veranlaßt: Auf Abschnitt „Vorbestellschein II er-

halten“ je 5 kg, auf die zusammenhängenden Abschnitte 90/I—III zusammen 2 kg, auf die zusammenhängenden Abschnitte 90/II/II und 90/III/IV zusammen 2 kg.

5. Fleisch. Die Reisemarken über 25 g Fleisch sind mit 25 g zu beliefern.

6. Käse. Auf die Abschnitte 903 der Lebensmittelkarten 11—13, 21—23, 31—33 und 41 werden je 62,5 g Käse abgegeben.

7. Zucker. Der Abschnitt Z der Lebensmittelkarten 11—15, 21—25, 31—35 und 44 wird mit 375 g Zucker aufgerufen.

andere Projekt wage ich nicht zu beurteilen. Aber gerade wegen der Unklarheit und wegen des geäußerten Wunsches, einen Überblick zu bekommen, welche Kinos überhaupt bestehen, möchte ich die Sache zurückstellen.

Ratsherr Wirth: Den ersten Antrag hat seinerzeit der Gewerbeausschuß abgelehnt und hat festgestellt, daß eine Bedürfnisfrage für Bielefeld nicht besteht. Wir haben in Bielefeld

acht Kinos mit zusammen 3842 Sitzplätzen.

Dazu kommt in nächster Zeit das Universum mit 1000 bis 1200 Sitzplätzen, welches das schönste Theater im englisch besetzten Gebiet werden soll. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Bedürfnisfrage zu prüfen. Die Stadt Bielefeld hat wohl das Bedürfnis, existenzfähige, gute Theater zu bekommen, aber wenn wir noch ein paar tausend Sitzplätze dazu bekommen, und die wirtschaftlichen und geldlichen Verhältnisse sich ändern, dann werden die paar tausend Sitzplätze zuviel sein, und wir werden dieselben Verhältnisse bekommen, wie wir sie schon 1923 hatten. Ich glaube, wir haben kein Interesse daran, nichtexistenzfähige Unternehmen aufzubauen. Vielleicht prüfen wir vor diesem Gesichtspunkt aus, ob es notwendig ist, bei acht oder zehn Kino-Unternehmungen noch ein weiteres zuzulassen.

Der Vorschlag auf Vertagung wird einstimmig angenommen.

Ratsherr Krull: Ich sehe ein, daß wir zu diesen Bauvorhaben Geld haben müssen. Aber auch auf der anderen Seite ist es so, daß viele Bauten, die mit geringfügigen Mitteln fertiggestellt werden können, und für die auch die betreffenden Hauswirte in der Lage sind, das Geld zu beschaffen,

kein Baumaterial bekommen können.

Eine Frau war bei mir, die nur 30 Quadratmeter Leichtbauplatten brauchte; dann konnte sie eine Wohnung herstellen. Seit einem Jahr hat sie sich um die Beschaffung der Platten vergeblich bemüht. Wenn wir von uns aus diese Dinge organisieren könnten, dann würde vielen geholfen werden.

Ratsherr Lemmer: Bei der Besichtigung von manchen Wohnungen ist mir aufgefallen, daß mit sehr geringen Mitteln auch Bewohner der Stadt, die dazu wohl in der Lage wären, diese Wohnung herzustellen, diese aber aus gewissen Gründen nicht herstellen. Ich wollte anregen, daß sich der Bauausschuß damit beschäftigt, ob man nicht zwangsmäßig veranlaßt, daß diese Wohnungen in kurzer Zeit wieder hergestellt werden.

Der Antrag Bolbrinker wird darauf einstimmig angenommen.

Punkt 12: Bildung von Beiräten bei den Kreisbauernschaften.

Oberbürgermeister Ladebeck: Es wird von uns verlangt, daß wir zur Bildung von Beiräten bei den Kreisbauernschaften je ein Beiratsmitglied aus dem Kreise der Verbraucher und aus dem Kreise der Konsumgenossenschaften vorschlagen. Diese Mitglieder haben die Aufgabe, bei der Erfassung der Ernte im nächsten

Wiederherstellung von Wohnungen

Punkt 11: Antrag des Rats Herrn Bolbrinker auf Bewilligung von Mitteln zur Wiederherstellung von Wohnungen.

Rats Herr Bolbrinker: Der Antrag liegt im Wortlaut vor. Er ist eine Erweiterung des Antrages, den wir seinerzeit schon gefaßt hatten bezüglich der vordringlichen Instandsetzung von leicht- und mittelschwer beschädigten Häusern und Wohnungen. Zu den Schwierigkeiten, die einer schnellen Instandsetzung dieser geringfügigen Bauvorhaben entgegenstehen, kommt neben dem Facharbeiter- und Materialmangel jetzt und in Zukunft in weit größerem Maße noch der Geldmangel. Wir können aber aus den Schwierigkeiten der Finanzierung heraus nicht zulassen, daß nun diese Bauvorhaben unterbleiben. Deswegen habe ich den Antrag gestellt, schon jetzt Vorsorge zu treffen, daß diese Mittel bereitgestellt werden. Wenn wir uns einmal die Gegenstände des täglichen Lebens vor Augen führen, dann werden wir alle wissen und ermessen können, daß man jetzt den Hausbesitzern nicht zumuten kann, noch größere Reparatur- oder Bauvorhaben geringeren Umfanges zur Durchführung zu bringen. Es ist aber nicht allein die Bereitstellung dieser Mittel vorgesehen für die durch die Kriegseinwirkung hervorgerufenen Schäden, sondern es ist auch der Ausbau von Dachgeschossen, sogenannten kleinen Bodenkammern, Abstellräumen usw. vorgesehen, die man mit verhältnismäßig geringen Mitteln leicht und schnell instandsetzt und damit neuen Wohnraum schafft.

Oberbürgermeister Ladebeck: Herr Oberbaurat Freitag gibt mir ein Schreiben der Militärregierung, in dem es u. a. heißt, daß wir einen ausführlichen Bericht darüber einreichen sollen, welche Schritte unternommen wurden, um mit geringen Mitteln die Instandsetzung der leichtbeschädigten Häuser zu ermöglichen, ob dieses öffentlich bekanntgemacht oder den Betroffenen auf andere Weise mitgeteilt ist. Meine eigene Meinung ist, daß wir überhaupt solche Dinge

nur mit Hilfe einer Anleihe

machen können. Wir müssen die Mittel dazu irgendwo genehmigt bekommen. Das ist ein langer Weg. Wir können jetzt nur beschließen, daß wir diesen Weg vorsehen, aus Anleihen Mittel demnächst bereitzustellen, und daß wir jetzt bei der Militärregierung die Genehmigung beantragen, für einen solchen Zweck Geld aufnehmen zu dürfen.

Rats Herr Dr. Möhle: Ich nehme an, daß wir die Sparkassen veranlassen können, uns Ueberbrückungskredite zu geben.

Rats Herr Jagenburg: Es ist auch noch ein Fonds vorhanden aus Spenden der Bielefelder Wirtschaft, über den noch nicht verfügt ist, aus dem kleine Schäden, wie sie angedeutet worden sind, bezahlt werden können. Diese Sammlung ist damals für diesen Zweck vorgesehen, denjenigen, die durch Bombeneinwirkung ihr Letztes verloren haben, entsprechende Hilfe zu geben.

Oberbürgermeister Ladebeck: Die Spende der Bielefelder Wirtschaft ist an die Stadt abgeführt worden. In erster Linie ist sie dafür vorgesehen, soweit es sich um jassisch und politisch Verfolgte handelt, diesen zu helfen. Die weitere Verwendung ist jetzt der Stadtvertretung überlassen worden. Ich möchte aber doch sagen, daß wir die Mittel vorläufig nicht benutzen wollen.

1. Tage ab in der ganzen Zuteilungsperiode gültig! der 90. Zuteilungsperiode werden zunächst nicht aufgerufen, damit zuerst die Abschnitte der 89. Zuteilungsperiode über Nährmittel beliefert werden können.

Die Abschnitte der Lebensmittelkarten haben erst ab Sonnabend der Vorwoche Gültigkeit.

gänzungskarten S 66 und Sst 67 wird anstelle von 2000 g Speisekartoffeln 500 g Brot abgegeben.

4. Speisekartoffeln. In einigen Kreisen war es möglich, auf Grund von Lieferungen außerwestfälischer und ausländischer Gebiete Speisekartoffeln abzugeben. In jedem Falle ist die Abgabe von Speisekartoffeln nur dann zulässig, wenn das Ernährungsamt Abt. B bzw. die Abrechnungsstelle dies bekanntgegeben hat. In Bielefeld-Stadt ist von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und die Ausgabe von Speisekartoffeln veranlaßt: Auf Abschnitt „Vorbestellschein II er-

halten“ je 5 kg, auf die zusammenhängenden Abschnitte 90/I—III zusammen 2 kg, auf die zusammenhängenden Abschnitte 90/II/II und 90/III/IV zusammen 2 kg.

5. Fleisch. Die Reisemarken über 25 g Fleisch sind mit 25 g zu beliefern.

6. Käse. Auf die Abschnitte 903 der Lebensmittelkarten 11—13, 21—23, 31—33 und 41 werden je 62,5 g Käse abgegeben.

7. Zucker. Der Abschnitt Z der Lebensmittelkarten 11—15, 21—25, 31—35 und 44 wird mit 375 g Zucker aufgerufen.

andere Projekt wage ich nicht zu beurteilen. Aber gerade wegen der Unklarheit und wegen des geäußerten Wunsches, einen Überblick zu bekommen, welche Kinos überhaupt bestehen, möchte ich die Sache zurückstellen.

Rats Herr Wirth: Den ersten Antrag hat seinerzeit der Gewerbeausschuß abgelehnt und hat festgestellt, daß eine Bedürfnisfrage für Bielefeld nicht besteht. Wir haben in Bielefeld

acht Kinos mit zusammen 3842 Sitzplätzen.

Dazu kommt in nächster Zeit das Universum mit 1000 bis 1200 Sitzplätzen, welches das schönste Theater im englisch besetzten Gebiet werden soll. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Bedürfnisfrage zu prüfen. Die Stadt Bielefeld hat wohl das Bedürfnis, existenzfähige, gute Theater zu bekommen, aber wenn wir noch ein paar tausend Sitzplätze dazu bekommen, und die wirtschaftlichen und geldlichen Verhältnisse sich ändern, dann werden die paar tausend Sitzplätze zuviel sein, und wir werden dieselben Verhältnisse bekommen, wie wir sie schon 1923 hatten. Ich glaube, wir haben kein Interesse daran, nichtexistenzfähige Unternehmen aufzubauen. Vielleicht prüfen wir vor diesem Gesichtspunkt aus, ob es notwendig ist, bei acht oder zehn Kino-Unternehmungen noch ein weiteres zuzulassen.

Der Vorschlag auf Vertagung wird einstimmig angenommen.

Rats Herr Krull: Ich sehe ein, daß wir zu diesen Bauvorhaben Geld haben müssen. Aber auch auf der anderen Seite ist es so, daß viele Bauten, die mit geringfügigen Mitteln fertiggestellt werden können, und für die auch die betreffenden Hauswirte in der Lage sind, das Geld zu beschaffen,

kein Baumaterial bekommen können.

Eine Frau war bei mir, die nur 30 Quadratmeter Leichtbauplatten brauchte; dann konnte sie eine Wohnung herstellen. Seit einem Jahr hat sie sich um die Beschaffung der Platten vergeblich bemüht. Wenn wir von uns aus diese Dinge organisieren könnten, dann würde vielen geholfen werden.

Rats Herr Lemmer: Bei der Besichtigung von manchen Wohnungen ist mir aufgefallen, daß mit sehr geringen Mitteln auch Bewohner der Stadt, die dazu wohl in der Lage wären, diese Wohnung herzustellen, diese aber aus gewissen Gründen nicht herstellen. Ich wollte anregen, daß sich der Bauausschuß damit beschäftigt, ob man nicht zwangsmäßig veranlaßt, daß diese Wohnungen in kurzer Zeit wieder hergestellt werden.

Der Antrag Bolbrinker wird darauf einstimmig angenommen.

Punkt 12: Bildung von Beiräten bei den Kreisbauernschaften.

Oberbürgermeister Ladebeck: Es wird von uns verlangt, daß wir zur Bildung von Beiräten bei den Kreisbauernschaften je ein Beiratsmitglied aus dem Kreise der Verbraucher und aus dem Kreise der Konsumgenossenschaften vorschlagen. Diese Mitglieder haben die Aufgabe, bei der Erfassung der Ernte im nächsten

Wiederherstellung von Wohnungen

Punkt 11: Antrag des Rats Herrn Bolbrinker auf Bewilligung von Mitteln zur Wiederherstellung von Wohnungen.

Rats Herr Bolbrinker: Der Antrag liegt im Wortlaut vor. Er ist eine Erweiterung des Antrages, den wir seinerzeit schon gefaßt hatten bezüglich der vordringlichen Instandsetzung von leicht- und mittelschwer beschädigten Häusern und Wohnungen. Zu den Schwierigkeiten, die einer schnellen Instandsetzung dieser geringfügigen Bauvorhaben entgegenstehen, kommt neben dem Facharbeiter- und Materialmangel jetzt und in Zukunft in weit größerem Maße noch der Geldmangel. Wir können aber aus den Schwierigkeiten der Finanzierung heraus nicht zulassen, daß nun diese Bauvorhaben unterbleiben. Deswegen habe ich den Antrag gestellt, schon jetzt Vorsorge zu treffen, daß diese Mittel bereitgestellt werden. Wenn wir uns einmal die Gegenstände des täglichen Lebens vor Augen führen, dann werden wir alle wissen und ermessen können, daß man jetzt den Hausbesitzern nicht zumuten kann, noch größere Reparatur- oder Bauvorhaben geringeren Umfanges zur Durchführung zu bringen. Es ist aber nicht allein die Bereitstellung dieser Mittel vorgesehen für die durch die Kriegseinwirkung hervorgerufenen Schäden, sondern es ist auch der Ausbau von Dachgeschossen, sogenannten kleinen Bodenkammern, Abstellräumen usw. vorgesehen, die man mit verhältnismäßig geringen Mitteln leicht und schnell instandsetzt und damit neuen Wohnraum schafft.

Oberbürgermeister Ladebeck: Herr Oberbaurat Freitag gibt mir ein Schreiben der Militärregierung, in dem es u. a. heißt, daß wir einen ausführlichen Bericht darüber einreichen sollen, welche Schritte unternommen wurden, um mit geringen Mitteln die Instandsetzung der leichtbeschädigten Häuser zu ermöglichen, ob dieses öffentlich bekanntgemacht oder den Betroffenen auf andere Weise mitgeteilt ist. Meine eigene Meinung ist, daß wir überhaupt solche Dinge

nur mit Hilfe einer Anleihe

machen können. Wir müssen die Mittel dazu irgendwo genehmigt bekommen. Das ist ein langer Weg. Wir können jetzt nur beschließen, daß wir diesen Weg vorsehen, aus Anleihen Mittel demnächst bereitzustellen, und daß wir jetzt bei der Militärregierung die Genehmigung beantragen, für einen solchen Zweck Geld aufnehmen zu dürfen.

Rats Herr Dr. Möhle: Ich nehme an, daß wir die Sparkassen veranlassen können, uns Ueberbrückungskredite zu geben.

Rats Herr Jagenburg: Es ist auch noch ein Fonds vorhanden aus Spenden der Bielefelder Wirtschaft, über den noch nicht verfügt ist, aus dem kleine Schäden, wie sie angedeutet worden sind, bezahlt werden können. Diese Sammlung ist damals für diesen Zweck vorgesehen, denjenigen, die durch Bombeneinwirkung ihr Letztes verloren haben, entsprechende Hilfe zu geben.

Oberbürgermeister Ladebeck: Die Spende der Bielefelder Wirtschaft ist an die Stadt abgeführt worden. In erster Linie ist sie dafür vorgesehen, soweit es sich um jassisch und politisch Verfolgte handelt, diesen zu helfen. Die weitere Verwendung ist jetzt der Stadtvertretung überlassen worden. Ich möchte aber doch sagen, daß wir die Mittel vorläufig nicht benutzen wollen.

1. Tage ab in der ganzen Zuteilungsperiode gültig! der 90. Zuteilungsperiode werden zunächst nicht aufgerufen, damit zuerst die Abschnitte der 89. Zuteilungsperiode über Nährmittel beliefert werden können.

Die Abschnitte der Lebensmittelkarten haben erst ab Sonnabend der Vorwoche Gültigkeit.

gänzungskarten S 66 und Sst 67 wird anstelle von 2000 g Speisekartoffeln 500 g Brot abgegeben.

4. Speisekartoffeln. In einigen Kreisen war es möglich, auf Grund von Lieferungen außerwestfälischer und ausländischer Gebiete Speisekartoffeln abzugeben. In jedem Falle ist die Abgabe von Speisekartoffeln nur dann zulässig, wenn das Ernährungsamt Abt. B bzw. die Abrechnungsstelle dies bekanntgegeben hat. In Bielefeld-Stadt ist von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und die Ausgabe von Speisekartoffeln veranlaßt: Auf Abschnitt „Vorbestellschein II er-

halten“ je 5 kg, auf die zusammenhängenden Abschnitte 90/I—III zusammen 2 kg, auf die zusammenhängenden Abschnitte 90/II/II und 90/III/IV zusammen 2 kg.

5. Fleisch. Die Reisemarken über 25 g Fleisch sind mit 25 g zu beliefern.

6. Käse. Auf die Abschnitte 903 der Lebensmittelkarten 11—13, 21—23, 31—33 und 41 werden je 62,5 g Käse abgegeben.

7. Zucker. Der Abschnitt Z der Lebensmittelkarten 11—15, 21—25, 31—35 und 44 wird mit 375 g Zucker aufgerufen.

andere Projekt wage ich nicht zu beurteilen. Aber gerade wegen der Unklarheit und wegen des geäußerten Wunsches, einen Überblick zu bekommen, welche Kinos überhaupt bestehen, möchte ich die Sache zurückstellen.

Rats Herr Wirth: Den ersten Antrag hat seinerzeit der Gewerbeausschuß abgelehnt und hat festgestellt, daß eine Bedürfnisfrage für Bielefeld nicht besteht. Wir haben in Bielefeld

acht Kinos mit zusammen 3842 Sitzplätzen.

Dazu kommt in nächster Zeit das Universum mit 1000 bis 1200 Sitzplätzen, welches das schönste Theater im englisch besetzten Gebiet werden soll. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Bedürfnisfrage zu prüfen. Die Stadt Bielefeld hat wohl das Bedürfnis, existenzfähige, gute Theater zu bekommen, aber wenn wir noch ein paar tausend Sitzplätze dazu bekommen, und die wirtschaftlichen und geldlichen Verhältnisse sich ändern, dann werden die paar tausend Sitzplätze zuviel sein, und wir werden dieselben Verhältnisse bekommen, wie wir sie schon 1923 hatten. Ich glaube, wir haben kein Interesse daran, nichtexistenzfähige Unternehmen aufzubauen. Vielleicht prüfen wir vor diesem Gesichtspunkt aus, ob es notwendig ist, bei acht oder zehn Kino-Unternehmungen noch ein weiteres zuzulassen.

Der Vorschlag auf Vertagung wird einstimmig angenommen.

Rats Herr Krull: Ich sehe ein, daß wir zu diesen Bauvorhaben Geld haben müssen. Aber auch auf der anderen Seite ist es so, daß viele Bauten, die mit geringfügigen Mitteln fertiggestellt werden können, und für die auch die betreffenden Hauswirte in der Lage sind, das Geld zu beschaffen,

kein Baumaterial bekommen können.

Eine Frau war bei mir, die nur 30 Quadratmeter Leichtbauplatten brauchte; dann konnte sie eine Wohnung herstellen. Seit einem Jahr hat sie sich um die Beschaffung der Platten vergeblich bemüht. Wenn wir von uns aus diese Dinge organisieren könnten, dann würde vielen geholfen werden.

Rats Herr Lemmer: Bei der Besichtigung von manchen Wohnungen ist mir aufgefallen, daß mit sehr geringen Mitteln auch Bewohner der Stadt, die dazu wohl in der Lage wären, diese Wohnung herzustellen, diese aber aus gewissen Gründen nicht herstellen. Ich wollte anregen, daß sich der Bauausschuß damit beschäftigt, ob man nicht zwangsmäßig veranlaßt, daß diese Wohnungen in kurzer Zeit wieder hergestellt werden.

Rest-	
Ration	
15	
750	
1250	
1250	
1000	
1250	
1000	
—	
—	
—	
—	
750	
—	
—	
—	
375	
—	
—	
1250	
—	
—	
—	

ilungs

genden

zusam-

90/III/IV

eisch sind

ensmittel-

je 62,5 g

ittelkarten

g Zucker

en. Aber

des ge-

kommen,

ich die

seinerzeit

gestellt,

steht. Wir

zen.

mit 1000

heater im

bitte Sie,

sfrage zu

Bedürfnis

über wenn

erhalten,

Sitzplätze

erhältnisse

ich glaube,

tenfähige

vor ist, be-

weitere

mmig an-

n

esen Bau-

auf der an-

mit gering-

und für

Lage sind,

ter Leicht-

Wohnung

in die Be-

Wenn wir

ten, dann

von man-

sehr ge-

gedazu wohl

llen, diese

ich wollte

beschäftigt,

diese Woh-

mmig an-

eisbauern-

uns ver-

den Kreis-

es Kreise

Konsum-

der haben

den näch-

stämter

ld bleiben

der Woche

ausföhl-

ungsamt.

23. März

Grund des

z 1946 im

b 1. April

diese Be-

die Lohn-

April bis

am 15. Juli

auptkasse,

Kassen-

punkt ist

unsummen-

enar ein-

stelle

es Fällig-

Säumnis-

hat der

ihren und

Stiefelfeld.

Herbst mit tätig zu sein. Gewisse Kenntnisse landwirtschaftlicher Art sollen selbstverständlich vorhanden sein. Der Hauptausschuß hat vorgeschlagen, daß wir im Einvernehmen mit Herrn Meyerkamp und der Kreisbauernschaft einen Vorschlag einholen. Wir haben

ihnen vorzuschlagen als Vertreter der Verbraucher Herrn Wilhelm Flachmann, Bielefeld, Birkenstraße 172, als Vertreter der Konsumgenossenschaften Herrn Schwanitzer. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Ein fast unlösbares Problem

Punkt 13: Bericht des Straßenverkehrsausschusses über Treibstoffversorgung und Kraftfahrzeugbeschlagnahme.

Ratsherr Möhle: Wenn sich der Straßenverkehrsausschuß entschlossen hat, einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit zu geben, so liegt es nicht daran, daß wir glauben, daß die Arbeit dieses Ausschusses wichtiger ist, als die Arbeit der übrigen Ausschüsse, sondern daran, daß wir dort, vor einem fast unlösbaren Problem stehen und daß wir es für erforderlich halten, die Öffentlichkeit auf die Schwierigkeiten hinzuweisen. Der Gradmesser für uns war, daß Herr Simon, der Leiter des Straßenverkehrsamtes, praktisch kaum noch zum Arbeiten kommt vor lauter Beschwerden und Rückfragen und daß alle vier Mitglieder des Ausschusses aus ihren Wohnungen flüchten, weil dort von morgens bis abends Leute erscheinen, die ihren Wagen zugewiesen haben möchten oder Benzin zugeteilt haben wollen. Die Lage ist im ganzen so, wir können entscheiden wie wir wollen.

Unrecht ist unsere Entscheidung immer.

Es liegen von gleicher Dringlichkeit 70—80 Fälle vor, einen oder zwei können wir nur befriedigen. Wenn wir auch immer befriedigen, es ist immer Unrecht. Es sind so viele da, die bei gleicher Lage nicht befriedigt werden können. Dazu kam die Streichung der Wagen. Wir haben 10 Prozent der Personenkraftwagen auf Anordnung von Münster streichen müssen. In Wirklichkeit lagen aber massenhaft berechnete Anträge auf Neuzulassung vor. Statt daß wir einige dieser Anträge genehmigen konnten, müssen wir von den mindestens fünfmal durchgelesenen genehmigten Anträgen noch welche streichen. In einem Falle war es so, daß wir nach siebenstündiger Beratung von 100 Antragstellern drei eine weitere Stufe heraufdrücken konnten, natürlich auf Kosten der anderen. Sonst blieb es beim alten Zustand. Es ist eine Aufgabe, die teilweise unlösbar ist. Wir sehen es als unsere Pflicht an, die Öffentlichkeit auf die Schwierigkeit unserer Lage hinzuweisen, damit die interessierten Bedarfsträger nicht glauben, daß ihre Bedürfnisse nicht befriedigt werden aus Boswilligkeit, sondern wissen, daß es tatsächlich an der Unmöglichkeit liegt. Zunächst möchte ich an dieser Stelle sagen, das Straßenverkehrsamt ist ausgezeichnet geleitet und arbeitet in allen Angelegenheiten vorzüglich. Wir haben uns an allen Stellen selbst davon überzeugt, wie die einzelnen Sachbearbeiter arbeiten. Es wird

mit geringstem Aufwand Bestmögliches geleistet.

Die Organisation ist gut, auch der Ton im Verkehr mit dem Publikum ist gut. Ich darf Ihnen nun einige Zahlen nennen, die am deutlichsten zeigen, wie die Lage ist. Als Berichtsdaten habe ich September 1945 und Juni 1946 gewählt:

Insgesamt zugelassene Kraftfahrzeuge: September 45: 599, Juni 46: 629 (wird reduziert auf 521).

Krafträder waren damals zugelassen: September 45: 300, Juni 46: 384.

LKW: September 45: 464, Juni 46: 698.

Bei der Zulassung der LKW ist also die stärkste Erhöhung erfolgt und wir haben tatsächlich den Bedürfnissen des Verkehrs Rechnung tragen können. Omnibusse: Sept. 45: 14, Juni 46: 22; Zugmaschinen: September 45: 78, Juni 46: 91. Die Erhöhung dieser Zahlen ist durchweg durch den Einsatz gebräuchlicher Fahrzeuge erzielt worden, nur auf dem Sektor der Lastkraftwagen sind auch Neuzuteilungen erfolgt, allerdings in ganz geringem Maße. Es werden jetzt Tempo-Wagen gebaut, das sind die 3/4-Tonnen-LKW, 3-Tonnen-Ford, 5-Tonnen-Büssing, Zugmaschinen (Hanomag) und Anhänger (verschiedener Ladegewichte). Es liegen folgende, als von uns dringend anerkannte Anträge vor: 209 Tempo-Wagen. Bisher sind 23-Wagen zugewiesen, in einer Zeit von acht Monaten, d. h. drei Wagen monatlich. Dann können wir ausrechnen, wann die benötigten 209 Wagen geliefert werden. Von den 3-Tonnen-Ford-Wagen sind als dringlicher Bedarf 118 Wagen anerkannt. Bis jetzt sind 25 Wagen zugeteilt. Von den 5-Tonnen-Büssing sind 106 Wagen anerkannt, bisher zugewiesen 15; Zugmaschinen: 40 Wagen anerkannt, bisher zugewiesen 1; Anhänger: 183 Wagen anerkannt, bisher zugewiesen 4. Leider haben wir die Zahlen über die tatsächliche Anfertigung und Gesamtzuteilung an den zivilen Sektor von diesen Wagen nicht bekommen können. Es sind sehr erhebliche Zahlen und wir fragen uns vergeblich,

warum Bielefeld keine weiteren Zuteilungen erhält.

Die Personenkraftwagen und Krafträder sind gegenüber dem Stand von September 1945 um etwa 10 Prozent gestiegen. Der Brennstoffverbrauch bzw. die Zuteilung betrug im Oktober vorigen Jahres 16 000 Liter für diese Wagentypen, im April 24 000 Liter, im Mai erfolgte dann plötzlich eine Kürzung dieser Zuteilung auf 12 800 Liter, also fast die Hälfte der Mai-Zuteilung.

Für LKW, Omnibusse und Zugmaschinen waren zugeteilt: Oktober 45: 36 500 Liter, April: 56 000 Liter, jetzt 46 000 Liter Benzin. Die Zuteilungen für Dieselöl sind etwas gesunken, während die Zuteilung in Benzin etwas gestiegen ist, aber nur um 20 Prozent, während die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge um 50 Prozent gestiegen ist. Es ist so, daß eine Reihe von Transportunternehmen mit dem Straßenverkehrsausschuß Verhandlungen führte und darstellte, daß wir die Wagen abnehmen könnten, wenn weitere Benzin-Zuteilungen nicht erfolgten. Die Zahl von 698 Fahrzeugen bietet keinen Vorteil, wenn die Benzinmengen gekürzt werden.

Kleinpflanzertabak

Tabakpflanzertabak ist jeder, der auf nicht mehr als 50 qm selbstbewirtschafteter Bodenfläche bis 200 Tabakpflanzen anbaut und schriftlich erklärt, daß er diesen Tabak ausschließlich für den eigenen Hausbedarf verwendet. Der Anbau von Kleinpflanzertabak ist anzumelden. Der Anbau von nicht mehr als 15 Pflanzen auf einer Besitzung ist von der Anmeldepflicht und Steuerpflicht befreit. Die Tabaksteuer beträgt für 16 bis 50 Pflanzen 12 RM., 51—100 Pflanzen 24 RM., 101—150 Pflanzen 36 RM., 151—200 Pflanzen 48 RM. Der Anbau von mehr als 200 Pflanzen auf einer Besitzung gilt als gewerblicher Anbau, der im Verwaltungsbezirk Westfalen nicht zulässig ist. Die Anmeldung ist bei den örtlichen Amts- und Gemeindeverwaltungen vorzunehmen; in Gemeinden mit Zöllämtern nimmt das Zöllaamt die Anmeldung entgegen. Letzter Termin für die Anmeldung ist der 15. Juli 1946. Anpflanzungen nach dem 15. Juli 1946 sind binnen drei Tagen nach der Anpflanzung bei den zuständigen Zöllämtern zu melden. Der Steuerbetrag wird anstatt durch förmlichen Steuerbescheid durch diese öffentliche Bekanntmachung ausgedrückt. Der Steuerschuldner hat die Steuer innerhalb einer Woche nach der Anforderung (Tag der Anmeldung) zu entrichten. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden strafrechtlich verfolgt. Bestimmungswidrig angebaute Tabak unterliegt der Einziehung.

Hauptzollamt Bielefeld.

Die Brennstoffzuteilungen sind im Mai ganz erheblich gekürzt worden, und zwar im ganzen gesehen um 27 Prozent, sowohl Benzin als auch Diesel. Der Brennstoff für LKW um 20 Prozent, für PKW und Kräder um 50 Prozent. Diese Kürzung wurde weitgehend damit begründet, daß im Monat März rund 25 Prozent des Brennstoffes gehortet sein sollen. Es hat sich herausgestellt, daß in der Provinz 8 Millionen Liter Benzinscheine für Brennstoffe ausgegeben worden sind, während nur 6 Millionen eingelöst wurden.

2 Millionen sind also gehortet.

Einmal ist die Schlussfolgerung, die daraus gezogen wird, sehr übel, denn wenn ein Viertel des Brennstoffes gehortet wäre, dann müßte bei der Hälfte, die gehortet haben, die Hälfte ihres Brennstoffes gehortet sein. Eine unwahrscheinliche Zahl! Wir können dem Einzelnen die Menge ja nur abziehen, indem wir ihm nachweisen können, daß er gehortet hat. Wir haben nachgeforscht, wie diese unwahrscheinliche Zahl überhaupt zustande gekommen ist. Es hat sich herausgestellt, daß die Haupthortung bei den Großverbrauchern liegt (Bergbau, Landwirtschaft, Polizei, Feuerwehr, Molkereien usw.). Diese Betriebe haben eine Menge gehortet, die für etwa sechs Tage ausreicht. Wenn Sie überlegen, daß die Brennstoffscheine z. B. am 31. Mai im Laufe eines Tages für ungültig erklärt werden, daß die neuen Brennstoffscheine erst am 7. 8. oder 9. des nächsten Monats ausgegeben werden, nicht etwa aus technischen Schwierigkeiten des Straßenverkehrsamtes, sondern weil sie erst am 5. oder 6. hier eingehen, so ist es ganz einleuchtend, daß solche Reserven gehortet werden müssen, bis die neuen Benzin-Zuteilungen erfolgen. So erklärte sich diese

Hortung als eine notwendige Vorsichtsmaßnahme

der einzelnen Kontingentsträger.

Wie sich die Kürzung bei den Personenkraftwagen auswirkt, möchte ich besonders ausführen. Unsere PKW-Zuteilungen betrugen in den Monaten bis einschließlich April 20—21 000 Liter im Monat. Sie wurden im Mai plötzlich auf 11 500 Liter herabgedrosselt, die Juni-Zuteilung unterscheidet sich geringfügig (11 265 Liter). Die Kürzung beträgt also ca. 46 Prozent.

Wir haben zusammengestellt, was wir im Mai und Juni an

dringlichstem Bedarf

haben, den wir decken müssen. Wir haben im Monat durchschnittlich 2—2½ Tausend Liter Brennstoff für solche Fahrzeuge ausgegeben, die auf Anordnung der Militärregierung gespeist werden müssen, für die Fleisch- und Brotversorgung einschl. Viehwirtschaftsverband 1200, für Lebensmittelgroßhandel 1420, Aerzte, Insulin, IG-Farben (also medizinische Versorgung) 1645, Presse, Parteien und Gewerkschaften 4800 (diese Menge ist sehr hoch), Stadt und Stadtwerke 4300 Liter, also insgesamt

15 365 Liter bei 11 265 Liter Zuteilung!

Außerdem sind zu versorgen 350 PKW, für die nichts mehr vorhanden ist. Wir sind der Auffassung, daß wir irgendwie stiefmütterlich behandelt werden. Die Schwierigkeiten bei den Wagen-Streichungen sind außerordentlich groß. Bei der Stilllegungaktion, die in den letzten 14 Tagen über die Bühne gelaufen ist, besteht der Eindruck, daß wir sehr schlecht abgeschnitten haben. Zum anderen haben wir ein besonderes Pech gehabt. Aus technischen Gründen hat sich eine Reihe von Zulassungsanträgen aus den Monaten Februar bis Mai hinausgezögert und sind größtenteils erst im Juni zur Zulassung gekommen. Der Stichtag, nach welchem die Kürzung zu erfolgen hat, ist der 1. Mai. Am 1. Mai waren zugelassen: 545 PKW, davon 67 Behördenwagen. Wenn wir davon 10 Prozent kürzen, bleiben 521-Wagen übrig. In Wirklichkeit waren aber am 25. Juni vorhanden 677 zugelassene PKW. Es lag weiter eine Proformabescheinigung der Militär-Regierung vor für weitere 28 Wagen, also insgesamt 705 PKW. Die Kürzung von diesen 705 PKW auf 521 bedeutet eine Kürzung von 20 Prozent. Wäre der Stichtag der 25. Juni gewesen, so hätten wir nur 61 Wagen zu streichen brauchen, jetzt sind es 123. Es werden zurzeit noch Verhandlungen geführt, die aber nur einen geringen Ausgleich bringen werden.

Sie sehen aus dem ganzen, daß wir bei dieser Sachlage schlechterdings berechnete wirtschaftliche Interessen nicht mehr berücksichtigen können. Wir haben der Industrie- und Handelskammer vor einigen Wochen schreiben müssen, sie möchte bei der Befürwortung der Anträge noch mehr Zurückhaltung zeigen als bisher, weil wir sonst die Befürwortung der Industrie- und Handelskammer nicht mehr berücksichtigen können, oder bitten müssen, daß wenn ein Wagen zugelassen werden soll, uns gleichzeitig angegeben wird, welchen Wagen wir dafür streichen sollen.

Einen neuen Wagen zulassen, bedeutet Streichung eines alten Wagens.

Dazu kommt folgendes: Bei der Einziehung der Fahrgenehmigungen lautet die Vorschrift, den Wagen zu beschlagnehmen. Dies ist zwar nur eine vorsorgliche Maßnahme. Wir haben uns nun im Straßenverkehrsausschuß auf den Standpunkt gestellt: Beschlagnahmen von Kraftfahrzeugen zu Gunsten von Privaten werden nicht durchgeführt, höchstens für Behörden und da auch nach Möglichkeit nicht. Wir haben deshalb auch beschlossen, daß wir bei den Beschlagnahmen uns die Entscheidung des Ausschusses vorbehalten. Die Straßenverkehrsdirktion hat nun Beschlagnahmen durchgeführt über unseren Kopf hinaus. Dagegen haben wir Protest erhoben und bei den Beschlagnahmen, die die Fahrzeuge betreffen, die wir jetzt stillgelegt haben, haben wir den Antrag gestellt, daß diese rückgängig gemacht werden sollen. Wir haben den Provinziallandtags-Mitgliedern Unterlagen gegeben zu der Anfrage darüber, welcher Verteilungsschlüssel zu Grunde liegt und ob unsere Stadt schlechter gestellt ist als andere Bezirke.

Anträge wollen wir an sich hier nicht stellen, sondern nur die Öffentlichkeit darüber unterrichten, wie schwierig die Lage auf diesem Gebiete ist.

Ratsherr Wirth: Wir haben aus dem Bericht des Ausschusses von der Arbeit gehört und wir müssen anerkennen, daß das, was geleistet ist, richtig ist. Ich darf aber trotzdem den Herren des Ausschusses einige Vorschläge machen: Sie erteilen nach bestimmten Grundsätzen die Wagenzulassungen sowie auch die Benzin-Zuteilungen. Wäre es nicht richtig, daß man die Leiter der verschiedenen Organisationen zu Rate zieht und sie fragt, was nach ihrer Meinung richtig ist und wer den Wagen zugewiesen bekommen soll. Zunächst muß man fragen: Was ist in Bielefeld das Wichtigste was transportiert werden muß? Zunächst selbstverständlich Essen und Trinken. Das nächst Wichtigste ist aber nach meiner Auffassung

das arbeitsführende Handwerk.

Das Handwerk baut zerstörte Häuser und Geschäftsräume wieder auf. Das Handwerk liefert Betten für die

Druck von J. D. Küster Nachf., Bielefeld.

Pflichtlinge. Gelernt ist das Handwerk an erster Stelle. Zum großen Teil wird aber das Handwerk schlecht mit Material beliefert. Ich möchte die Sache nicht verallgemeinern, ich möchte aber sagen, daß ich von meinem Geschäftskreis als Obermeister am besten orientiert bin, welche Geschäfte wichtig sind und welche nicht. Sie haben vielleicht einen Grundsatz, daß man den Wagen den größeren Firmen beisteht, weil sie größere Mengen herbeibringen können. Ich aber bin der Meinung, man soll den Wagen demjenigen belassen, der am meisten Ware herbeiführt und zur Verteilung bringt. Ich weiß, daß große Firmen, die Ware horten, während kleinere Firmen die Ware zur Verteilung bringen. Diesen Firmen muß man die Wagen geben, nicht den großen Firmen von früher, die nur ihr Kapital behalten wollen.

Ich möchte anregen, daß der Verkehrsausschuß sich mit dieser Sache nochmal in diesem Sinne befaßt und ich glaube, wir kommen dann zu einer gerechten Verteilung.

Ratsherr Groß: Ich habe mich auf Grund der Anregung sofort an das Generalreferat Wirtschaft gewandt und das folgendes festgestellt: Die Straßenverkehrsdirktion untersteht nicht mehr der Provinzialregierung, sondern ist eine durchaus selbständige Behörde geworden. Das wird uns veranlassen, bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses Protest einzulegen und wenn es sein muß, Protest bei der Militärregierung. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß eine so bedeutsame Behörde, wie es die Straßenverkehrsdirktion ist, völlig unkontrolliert von irgendwelchen deutschen Instanzen, ein Eigenleben führt.

Hier handelt es sich für uns als Deutsche darum: Wir wünschen, daß es

keine Behörde mehr gibt, die keine Kontrolle hat.

Wir wünschen, daß alle Behörden unter öffentliche Kontrolle kommen. Die Frage des Verkehrs ist eine Frage des Straßenverkehrsamtes, das hat die Statistik von Herrn Dr. Möhle gezeigt. Ich selbst bin der Kraftstoffverteilung der Presse und bin deshalb über dieses Problem ziemlich genau im Bilde. Die Straßenverkehrsdirktion teilt im großen die Mengen zu, aber die Marken gibt es durch das Wirtschaftsamt.

Frau Dr. Steinblö: Herr Dr. Möhle gebührt Dank. Ich glaube, daß die Fragen, die Herr Groß aufgeworfen hat, bei den maßgebenden Stellen Verständnis finden. Es ist untrüglich, daß immer wieder Leute in dieser Sache zum Oberbürgermeister kommen. Die Zulassung der Wagen ist Sache des Verkehrsausschusses.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich bin Ihnen deswegen sehr dankbar, weil die Bevölkerung nun weiß, daß der Oberbürgermeister an der Bewilligung und Zulassung von Wagen nichts zu sagen hat. Hoffentlich bleiben mir nun die Leute vom Halse, die mich täglich irgendwo um Rat fragen oder mit Anträgen zu mir kommen. Ich lege Wert darauf, in aller Öffentlichkeit festzustellen: Ich entscheide über keinen Wagen, der hier zugelassen wird und entscheide auch nicht über Brennstoffmengen. Das ist Sache des Straßenverkehrsausschusses.

Die Eintrittspreise des Stadttheaters

Punkt 14: Erhöhung der Preise im Stadttheater.

Oberbürgermeister Ladebeck: Wir brauchen über die Situation des Stadttheaters nicht viel zu reden. Die Finanzlage des Stadttheaters hat dem Theaterausschuß Veranlassung gegeben, die Frage einer neuen Staffelung der Preise zu erwägen, die dem Hauptausschuß vorgelegen hat und von diesem genehmigt wurde. Es bleiben unberührt von der Erhöhung die Plätze beim Schauspiel der letzten 300 Plätze in den niedrigsten drei Gruppen der Preisstaffelung. Diese werden nicht erhöht. Die teuersten Plätze werden von RM. 4,— auf RM. 6,—, von 3,50 auf 5,—, von 3,— auf 4,—, von 2,50 auf 3,— RM. erhöht. Die Plätze von 2,—, 1,50 und 1,— RM. sollen nicht erhöht werden.

Bei der Oper wird erhöht von RM. 5,— auf RM. 7,—, von 4,50 auf 6,—, von 4,— auf 5,—, von 3,50 auf 4,—, von 2,75 auf 3,—, von 2,20 auf 2,50. Die Plätze für RM. 1,50 bleiben bestehen. Es ist uns nicht angenehm, Theaterpreise zu erhöhen, aber wir müssen versuchen, unser Theater gesund zu erhalten und es durch die jetzige Zeit ohne Schwierigkeiten durchzubringen. Das soll nicht bedeuten, daß damit die finanziellen Schwierigkeiten im Theater überwunden sind, im Gegenteil, ich lege Wert darauf, daß aus dem Kreis der Bielefelder Bevölkerung uns auch noch weiterhin Unterstützung für das Theater gegeben wird.

Ratsherr Jagenburg: Ich möchte nur auf einen Vorschlag eingehen, der im „Volksecho“ gestanden hat, indem vorgeschlagen wurde, einen Theatering zu gründen. Bei der Zugehörigkeit von einer größeren Zahl Bielefelder könnte ein gewisser Beitrag geleistet werden, die Unkosten des Theaters zu erniedrigen. Ich bitte den Theaterausschuß, sich mit dieser Anregung zu befassen.

Der Antrag betreffend die Erhöhung der Theaterpreise wurde einstimmig angenommen.

Punkt 15: Entscheidung für die Bildung eines Beirates der Stadt- und Landkreise für die Provinzialverwaltung.

Oberbürgermeister Ladebeck: Sie wissen, daß wir heute einen Provinziallandtag haben, der aber etwas anderes ist, als der frühere Provinziallandtag. Der frühere Provinzial-Landtag war das Selbstverwaltungsorgan des Zusammenschlusses der Gemeinden, Kreise der Provinz Westfalen in einem eigenen Verband der Provinzialverwaltung. Wir sind heute noch in diesem Verband zusammengeschlossen. Wir führen dorthin unsere Gelder ab, die sogenannte Provinzialumlage —

Hausschlachtungen — Einkaufsgenehmigungen

Bei der ersten Versorgungslage und dem Mangel an Futtermitteln soll im Interesse der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung jede Ausweitung des Personenkreises der Selbstversorgung — insbesondere in Fleisch und Schlachtfetten — vermieden werden. Das Landesernährungsamt Westfalen hat die Ernährungsämter erneut auf eine genaue Beachtung der erlassenen Bestimmungen hingewiesen.

Voraussetzung für die spätere Genehmigung der Hausschlachtung ist der ordnungsmäßige Erwerb des Tieres auf Grund einer Einkaufsgenehmigung. Deshalb muß schon bei den Anträgen auf Erteilung der Einkaufsgenehmigung geprüft werden, ob die Voraussetzungen für die spätere Hausschlachtungsgenehmigung vorliegen.

Eine Einkaufsgenehmigung darf nichtlandwirtschaftlichen Selbstversorgern (Gruppe B) nur erteilt werden, a) wenn der Antragsteller nachweisbar auch in den Vorjahren ein Schwein, Schaf usw. selbst gehalten und gemästet hat;

b) wenn die eigene ausreichende Futtergrundlage nachgewiesen ist und zwar durch Anbau einer Fläche von 1400 qm (Futtergetreide und Hackfrüchte) oder die Hälfte der oben angegebenen Anbaufläche (700 qm) und Küchenabfälle von nachweisbar mindestens 25 Personen; oder anstatt der Küchenabfälle sonstige Futtermittel (Gras, Klee, Luzerne, von weiteren 700 qm oder andere zusätzliche Futtermittel in entsprechendem Umfang (Eicheln, Disteln usw.); oder ausreichende Küchenabfälle aus Gemeinschaftseinrichtungen (Werkküchen, Krankenhäusern usw.);

RM. 1% Millekorn. Aber wir haben keinen Einfluß auf die Dinge, weil der alte Provinziallandtag weggefallen ist und weil in der Provinzialverwaltung kein Organ besteht, in dem wir unser Recht und unsere Meinung geltend machen können. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, den wir unbedingt beseitigen müssen, schon aus dem einfachen Grunde, weil wir die Provinzialumlage nicht mehr weiter bezahlen wollen, die auf ganz anderen Verhältnissen beruhte, da Bielefeld damals gesund war und in wirtschaftlicher Blüte stand. Das war zur Erläuterung vorweg. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß in irgendeiner Form ein Organ geschaffen wird, das in der Provinzialverwaltung die Meinung zum Ausdruck bringt und auf die Maßnahmen Einfluß nehmen kann.

Der Antrag des Oberbürgermeisters wurde einstimmig angenommen.

Eine Angelegenheit der Stadt

Punkt 16: Beamtenehrung aus Anlaß von Jubiläen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Wir bekamen am 17. Mai einen Brief des Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgenden Wortlauts: „Nach Fortfall der „Freundenschaftszeichen“ der Nazizeit, die mehr als Propagandamittel für das hinter uns liegende System denn als eine Ehrung der beteiligten Beamten anzusehen waren, erscheint es notwendig, wiederum für Beamte, die auf eine längere untadelhafte Dienstzeit (25 und 40 Jahre) zurückblicken können, eine Ehrung in schriftlicher Form einzuführen. Die Ausstellung der Ehrenurkunden behalte ich mir für die Beamten von der Beamtengruppe 2 ab aufwärts vor. Für die übrigen Beamten zeichnet sie der Leiter der Dienststelle, bei der der Beamte tätig ist, für sämtliche Kommunalbeamte der leitende Beamte der Aufsichtsbehörde. Für die Urkunden empfiehlt sich möglichst unter Verwendung eines Wappens oder Dienstsiegels etwa folgender Wortlaut: Ehrenurkunde. Dem ... wird in Anerkennung treuester Pflichterfüllung in ... jähriger Tätigkeit die Ehrenurkunde verliehen.“

Es kam einige Tage später folgendes ergänzend dazu: „Im Anschluß an den Erlaß vom 16. 4. 46 — I/B/420 — bestimme ich noch, daß die in dem Erlaß vorgesehene Ausstellung von Ehrenurkunden auch für langjährige Angestellte und Arbeiter Gültigkeit hat.“ — Der Herr Regierungspräsident muß letzten Endes eine Urkunde unterschreiben, die wir einem städtischen Arbeiter ausstellen wollen. Dazu kann man eigentlich nur wenig sagen. Ich habe neulich gehört, daß in der Schweiz ein Buch erschienen ist von einem Schweizer Philosophen. Die Ankündigung war sehr gut. Das Buch trägt den Titel „Hitler in uns“. Meine Damen und Herren! Es ist sehr ernst. Wir schlagen Ihnen vor, auf dieses Schreiben hin festzustellen: Die Stadtvertretung betrachtet die Ausstellung von Ehrenurkunden für Beamte, Angestellte und Arbeiter als ihre eigene Angelegenheit. Sie lehnt daher die Unterzeichnung der Ehrenurkunde durch die Aufsichtsbehörde ab.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Der Oberbürgermeister schloß darauf die öffentliche Sitzung um 17.30 Uhr. Nach kurzer Pause folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Neue Hundesteuermarken

In den nächsten Tagen wird mit der Zustellung der Hundesteuermarken für das Rechnungsjahr 1946 (1. 4. 1946 — 31. 3. 1947) an die Hundehalter begonnen.

Die Steuermarken sind den Tieren unbedingt anzulegen, und zwar so, daß sie ohne Mühe zu erkennen sind. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, muß damit rechnen, daß sein Hund eingeklinkt wird. Hunde, für die eine Marke nicht zugestellt wird, sind nicht gemeldet. Ihre Abmeldung muß umgehend beim städtischen Steueramt im Rathaus, Zimmer 17, nachgeholt werden.

Nach der Hundesteuerordnung für die Stadt Bielefeld sind alle Personen, die einen Hund anschaffen oder mit einem Hund zuziehen, verpflichtet, diesen binnen 14 Tagen nach der Anschaffung oder nach dem Zuzug bei der oben genannten Stelle des Steueramts anzumelden. Zugelassene Hunde gelten als angeschafft, wenn sie länger als eine Woche gehalten werden. Wer die Anmeldung unterläßt, macht sich der Steuerhinterziehung schuldig und muß mit Bestrafung rechnen. Bei der Abschaffung eines Hundes muß die Abmeldung des Tieres beim Steueramt umgehend erfolgen. Die Steuermarke ist bei der Abmeldung zurückzugeben.

Stadt Bielefeld — Steueramt.

Kriegsschädenamt

Für die Bearbeitung der Kriegssachschaden-Anträge sind in der Zeit vom 8. 7. bis 13. 7. 1946 folgende Straßen vorgesehen:

1. Polizeirevier: Laerstraße, Langstraße, Lindenstraße.
2. Polizeirevier: Hakenort.
3. Polizeirevier: Hofstraße.
4. Polizeirevier: Burgstraße.
5. Polizeirevier: Talbrückenstraße.

Die Anlieger der aufgerufenen Straßen werden gebeten, zu dem auf der Vorladungskarte angegebenen Termin während der Vormittags-Sprechstunden pünktlich zu erscheinen. Im übrigen wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur Geschädigte abgefragt werden können, die im Besitz einer Vorladungskarte sind.

Stadt Bielefeld — Feststellungsbehörde.

c) wenn bei Schafen, Hammeln, Ziegen usw. das Vorhandensein einer Grünlandfläche von mindestens 1400 qm oder ein entsprechender Futteranbau aus Nutzung von Wegen, Grabenrändern usw. für jedes Tier nachgewiesen wird;

d) wenn auch die sonstigen Voraussetzungen für eine eigene Haltung und Mastung vorliegen.

Selbstversorger der Gruppe C (Anstalten) erhalten eine Einkaufsgenehmigung, wenn sie die eigene ausreichende Futtergrundlage in der gleichen Weise wie die Selbstversorger der Gruppe B nachweisen.

Im Hausschlachtungsjahr 1946/47 müssen alle Selbstversorger der Gruppen A, B und C die Schweine mindestens 5 Monate selbst halten und mästen.

Die bisherige Vorschrift, nach der auch die durch 50tägige Arbeit in der Landwirtschaft erworbenen Futtermittel als eine ausreichende Futtergrundlage angesehen wurden, ist aufgehoben. Die auf solche Weise beschafften Futtermittel können nur als zusätzliche Futtermittel angerechnet werden.

Wer ein Schwein oder sonst ein Tier, für das später die Schlachtungsgenehmigung beantragt werden wird, eingestallt, die Einkaufsgenehmigung aber noch nicht nachgeschickt hat, hat das in kürzester Frist nachzuholen.

Rolf Behrendt
Obergefr. auf einem Uboot
ist, 25 Jahre alt, am
15. Juni 1944 ums Leben
gekommen, 10 Monate nach
dem Tode seines 32 Jahre
alten Bruders.
In stiller Trauer: **Max
Behrendt u. Frau.** Bielefeld,
zur Zeit Kachthausen in
Lippe Nr. 55.

GEBURTEN

Bernd. Fritz Sahrman und Frau
Marianne, geb. Rolf. Bielefeld
(Am Ostpark 5), z. Zt. Gilead,
den 26. Juni 1946.

Trocadero

Das führende Variété
Jeden 1. und 16.
Programmwechsel
Der Freitag jeder Woche ist reserviert
für die Militärgesellschaft.
Vorverkauf: Zigarrenhaus
Kleine, Herforder Straße 12 und
Theaterkarten-Agentur, Rath-
hausstraße Ecke Schillerplatz.

Gloria-Theater

Heimhof-Schule
Täglich, nunmehr auch montags
von 28. 6. — 4. 7. 1946
IDA WOST, Georg Alexander,
Charlotte Daudert, Ernst Waldow
in dem glänzenden
Filmschwank der Ufa
**Die kluge
Schwiegmutter**
Jugendverbot!
Beginn: 14 und 16 Uhr

Universum

Bielefeld-Schilchesche
Täglich 15.00, 17.00, u. 19.15 Uhr
Sonntag 14, 15.45, 17.30 u. 19.15
Renate Müller, die unvergessene
große Künstlerin
Gustav Fröhlich
in
„Liebesleute“
Ein ergreifendes Liebesdrama
aus unseren Tagen!
mit Gina Falkenberg
H. A. v. Schlotow, Harry Liedtke,
Walter Janssen
Jugendverbot!

ODEON

Vom 28. 6. — 4. 7.
Willy Forst's
„Serenade“
mit Hilde Kralh,
Albert Matthes, Igo Sym
Ein Willy-Forst-Film,
das ist ein Begriff
für alle Filmfreunde, der Begriff
für hochkünstlerische und
spannende Unterhaltung
Jugendverbot!
Neueste Wochenschau
Täglich 2.30, 5.00 und 7.30 Uhr
Kassenöffnung: 10 Uhr, samstg.
u. sonntags ab 11 Uhr durchg.

LIDO

Bis einschließlich Donnerstag
täglich in vier Vorstellungen
Marika Röck, Wolf Albach-Retty
in dem heiteren, beschwingten
Großfilm
Tanz mit dem Kaiser
In weiteren Hauptrollen:
Marla Eis, Axel v. Ambesser,
Hilde v. Stolz, Lucie Englisch u. a.
Spielzeiten:
1.45, 3.45, 5.40 und 7.30 Uhr
Jugend nicht zugelassen!

Fichtenhof-Lichtspiele

Ziegelstraße 5, Min. von den
Endstationen der Linien 2 u. 5
vom 28. 6. — 4. 7.
Der große Ufa-Film
Königswalzer
mit Willi Forst, Paul Hörbiger,
Heidi Finkenzeller, Carola Höhn
Ein Film aus Wien u. München,
um Kaiser und Könige
um Jugend und Liebe
Jugendfrei
Montags 6. freitags 15.00, 19.30
samstg. u. sonntg. 14.30, 17.00, 19.30
Am Sonntag dem 30. 6. vormittg.
11 Uhr Jugendvorstellung
Vorverkauf: Täglich ab 9 Uhr
Zigarrenhaus Kleine, samstags
u. sonntg. v. 11-12 Uhr a. d. Kass.

GESCHAFTSANZEIGEN

Dentist R. Müller, Wertherland-
straße 103 (am Wellensiek).
Habe meine Praxis wieder
selbst übernommen. Sprech-
stunden 9-12; 3-7. Mittw. u.
Sonntags nur nach Verein-
barung.

Gesangspädagogin ital. Schule,
langjähr. Opern- u. Konzert-
praxis i. In- u. Ausland, er-
teilt Unterricht. Otty Coeler-Gün-
ther, Herford, Damaschke-
straße 46.

Ohne Schneiden, ohne Stechen.
Besichtig. v. Tätowierungen,
Gesichtswarzen, Leberflecken,
Gelbflecken an Augen und
Schmutz in Narben. J. Brog-
sitter, Brandenburger Str. 22.
Sprechzeit: Dienstag u. Don-
nerstag von 15-17 Uhr.

Wäsche-Anfertigung, Blusen,
Oberhemden, Nachthemden,
Schlafanzüge Damenwäsche,
Bettwäsche, etc. b. Zugabe
d. Stoffe (auch Maßanfert.).
Hans Schützinger, Mittelstr. 6
(zweiter Eingang).

Paul Kaiser, Atelier f. Malerei
u. Gebrauchsgraphik, Biele-
feld, Gütersloher Straße 33
(Bethel-Ecke), Plakate aller
Art, Entwürfe f. Handel u.
Industrie, Schnellbeschriftun-
gen.

Sporthaus Berke fertigt an:
Sport- u. Oberhemden, Busch-
jacken, Blusen, Berufsbeklei-
dung, Knabenanzüge, Mäntel,
Umhänge, Einkaufs-, Wander-
u. Aktentaschen, Tornister,
Rucksäcke.

Vulkanisieranstalt Westfalia.
Instandsetz. v. Gummiartikeln
Spez.: Fahrraddecken. An-
nahme: 20. Juli, 8-12 Uhr
Lu-Raum a. Niederwall, Eing.
vor Kaffee Mai. Bitte Ein-
lagen mitbringen.

**Leitergroßhandlung Fritz Hel-
mich**, Büro vorübergehend:
Hakenort 65. Lagerplatz wie
bisher: Spindelstraße.

Für Christen! Wunderbare Be-
richterstattung über Jesus v.
Nazareth aus Jerusalem an
Kaiser Tiberius, einzigart.
Schilderung üb. s. hohe Per-
sönlichkeit. Kunstbl. 4,50 Mk.
Urbild Jesu a. d. kaiserl.
Schatzkammer zu Konstan-
tinopel von einem Edelstein
abgeb., welcher v. d. Ueber-
gabe a. d. Vatikan 1492 Jahr-
hundertlang dort aufbewahrt
war. Kunstdr. 8,50 Mk. Kost-
bare Kleinodien, wer diese
besitzt, verehrt Gott tiefer.
Christus-Archiv, (21a) War-
burg, Burggraben 55.

VERLUSTANZEIGEN

Damenschirm 25. 6. Gerichtstr.
verloren. Hohe Belohnung.
Schmidt, Sparrenstr. 3.

Goldene Damenarmbanduhr ver-
loren v. Dornberger Str. bis
Niedermühlkamp. Wieder-
bringer erhalt. hohe Belohn., da
Andenken. Frau Ortlesse,
Dornberger Str. 39.

H-Schirm Montag, 24. 6., i. d.
Straßenbahn Brackwede-Bie-
lefeld verloren. Geg. Belohn.
abzugeben. Brackwede, Gnei-
senstraße 23, I.

Aktenmappe mit Noten ver-
loren. Wiederbringer erhält
Belohnung. Bödecker, Brun-
nenstraße 11.

Herrenhut, grauer, Größe 56,
22. 6. verloren auf d. Wege
von Vilsendorf, Schilchesche,
Westerfeldstr. — Voltmannstr.
Gegen Belohnung abzugeben.
Schilchesche, Am Thie Nr. 3.

Damen-Lederhandschuh, dkl.-
blauer, durchbrochen, Sonn-
tag, 23. 6. geg. 18 Uhr a. d.
Wege Wellensiek, Werther-
straße, Stapenhorststr. bis z.
Bürgerpark verl. Abzugeben
gegen Belohnung bei Heide-
mann, Dornberger Str. 204.

SUCHANZEIGEN

Wer kann Auskunft geb. üb. d.
O.-Gefr. Fritz Uffmann, letzte
Feldp.-Nr. 30415 A., war in
Kreta, letzte Nachr. v. 22. 1.
45 aus Jugoslawien. Nachr.
a. Familie Brinkhoff, Biele-
feld, Schelpheide 4.

Funker Herbert Heinemann
17½ J. - 2 N.A.N. 6. Funker-
ausbild.-Komp., Bülow-Kas.
Bielefeld, stand Ende Febr.
45 z. Ausrücken ber. Wer
kann irgendw. Angab. üb.
s. Verbleib machen bezw. k.
d. Adresse s. früheren Hfw.
Heinz Obigo? Nachricht an
Carl Heinemann, Düsseldorf-
Oberk., Düsseldorf Str. 70.

Wer hat zwischen 2. April u.
Anfang Oktober 45 d. Brief
eines Soldaten in Jöllenbeck
in d. Briefkasten gesteckt, d.
an Franz Ritter, Kiel, Hafens-
tr. 9 adressiert war? Antw.
erbeten Franz Ritter, Kiel,
Hafensstr. 9.

OFFENE STELLEN

2 tüchtige Schuhmacher stellt
sich ein. Ernst Siekmann,
Ummeln, Nähe Kirche, Schuh-
macherei.

Haushälterin f. kleinen kinder-
losen Haush. (2 Pers.) sofort
ges. Angeb. unt. N U 2678.

Erfahrene Stütze od. Hausgehil-
fin f. mod. Eitg.-Haushalt ges.
Hilfe vorhanden. Näheres:
A. H. C. Westermann Söhne,
Ehletruper Weg 81.

WOHNUNGSGESUCHTE u.
-ANGEBOTE

Interessant gesucht, d. Aufbau-
hilfe leistet, für aufzub. ab-
geschl. Wohnung 2 Zimmer,
Küche, Bad, Zentrum d. Stadt,
Mietrecht-K. Beding. Ang.
unter R G 2732.

Ehepaar, alt, m. 35jähr. Tochter,
sucht 2-3 Zimmer, Ang. unt.
D 865 an Ann.-Exp. d. Jak.
Vowinkel, Bielefeld.

2 Zimmer an ruh. Ehepaar mit
Mietberechtigungs. abzugeb.
Ang. unt. OE 2686.

Zimmer, gemütl. einger. sep. i.
Zentr. ges. von Herrn. Zahle
höchsten Preis. Brennmak
gestellt v. Mietk. vorhanden.
Ang. unt. OK 2691.

2-3 Räume, möbl., f. Direktor
eines Bielef. Unternehmens
ges. (Ehepaar mit 4jährigem
Jungen). Mietberechtigungs-
vorh. Ang. u. M N 2650.

Suche f. meinen PKW Holzgas
m. Anhänger große o. 2 Ga-
ragen i. Westen der Stadt.
Mitfahrten f. d. Garagenverm.
s. mögl. Ang. u. OS 2698.

3 Zimmer, gr. Wohnküche, Bad,
Mans.-Zim., Bielefeld, gebot.
Suche: 3 Zim., Küche, Bad,
Münster. Ang. u. K R 2609.

Biete in Herford 2 Zimmer mit
Küchenbenutzung in bester
Wohnlage; suche i. Bielefeld
2 Zim. u. Küche, mögl. ab-
geschlossen, mit Nebengelaß,
Zeller, Ang. u. L N 2623.

Zimmer, möbl., m. Küchenben.
v. 2 Erwachsenen (Mutter u.
Sohn) ges. Ang. u. OW 2702.
Biete 2 (evtl. 3) Räume, Küche,
Bad, Balkon, Zubehör. Miete
42 RM. Westen. Suche gleich-
wertige Wohnung i. Westen.
Ang. unt. O R 2697.

3 Zimmer mit reichl. Nebengel.
in Brackwede geboten; suche
ebens., mögl. mit Garten, in
Bielefeld od. n. d. Umgebung.
Ang. unt. L T 2633.

2-3 Zimmer, eleg. möbl., mit
Küche und Badbenutzg., sep.
Eingang, v. Geschäftsmann
mit Mietberechtigungs. ges.
Ang. unt. M Z 2659.

Arzt sucht 2 Räume zu mieten
in günstiger Lage. Genehmig-
ung ist erteilt. K U 2612.

Alleinsteh. Herr sucht Wohn-
u. Schlafzimmer in nur gutem
Hause, nach Möglichkeit mit
fließ. Wasser, evtl. m. voller
Verpflegung, für sofort oder
später. Ang. u. N D 2663.

Alleinsteh. Herr sucht in nur
gut Wohnlage behagliches
Wohn- und Schlafzimmer.
Ang. unt. N E 2664.

Einfamilienhaus im Osten der
Stadt, mit 7 Scheffelsaat
Land, Stallung, viel Obst, ge-
boten. Suche kl. Landwirt-
schaft od. ähnl. Objekt im
Landkreis. Ang. u. Z 840
an Ann.-Exp. d. Jak. Vo-
winkel.

Biete Dreizimmerwohnung Nähe
Bahnhof, Mietp. 24 RM. (Pr.
günstl.), Suche groß. Dreizim-
Wohn. m. Bad. Ang. unt.
OD 2685

Tausche 4 Zim. sonnig, abge-
schl. m. Bad in gut. Hause
geg. 2½ od. 3 Zim. abgeschl.
mögl. Stadtrand. Ang. unt.
A 894 an Ann.-Exp. d. Jak.
Vowinkel.

Werkstatt-Raum od. Laden, d. s.
als solcher mit einricht. läßt,
Größe ca. 20-30 qm. f. saub.
Betrieb mögl. Zentr. d. Stadt,
sofort z. m. ges. Event. Bau-
kostenzuschuß. Ang. unt.
Nr. 1603 an Werbedienst
Gieske, Bielefeld.

Handelsunternehmen für techn.
Bedarf d. Filmindustrie sucht
i. Bielefeld Ladenlokal, od. als
Lager- u. Verkaufsbüro geeig-
neten gewerb. Raum. Nr. 2569
Westf. Anz.-Vermittl. Biele-
feld, Oelmühlenstr. 60

Lagerraum, 200-300 qm, oder
auch mehr, f. landw. Säm-
ereien ges., auch Teilgeb. u.
Materiallieferung, insbes. Holz,
bei evtl. Ausbau möglich.
Ang. unt. C S 2456.

VERSCHIEDENES

Klavier, guterr., zu mieten od.
kaufen ges. Angebote unter
O B 2683.

Klavier zu mieten gesucht. Karl
Heinz Pade, Bielefeld, Jöllen-
becker Str. 26.

Klavier zu vermieten. Ang.
unter P J 2712.

Suppenwürze u. d. Erzeugnisse:
Rezepte geg. wertv. Hono-
rierung ges. Ang. u. O J 2690.

Wer übernimmt d. Falten und
Lochen v. Papierlampenschir-
men. Ang. unt. O Z 2703.

Schreibmaschine, gut erhalt., z.
kaufen od. leihen ges. Ang.
unter N H 2667.

Zeitgemäße Artikel demj., der
Ostflüchtling z. Kauf einer
Nähmaschine verhilft. Ang.
unter N F 2665.

Wer liefert 3 Polstersessel,
wenn ich 150 kg Spinfäden
(7 u. 8 Gänge) zur Verfügung
stelle? Ang. u. D H 2469.

Polstermöbel u. Matratzen w.
v. Polstermeister neu aufge-
arbeitet. Ang. u. C B 2441.

Wohn-, Schlaf- und Büromöbel
zu mieten od. kaufen ges.
Vereinigte Kranken-Versiche-
rungs-A.-G., Arndtstr. 28.

Wer fertigt 1 Paar erstkl. D-
Handschuhe in kürzester Zeit
an? Leder wird geliefert.
Ang. unt. F B 2485.

Waschmaschine mit Wasser-
motor und Wringer auszu-
leihen. L S 2632.

Kühlanlagen für Gewerbebet.
demnächst lieferbar. Kosten-
vorschläge werden schon
jetzt ausgearbeitet. Anfr. u.
Nr. 1586 an Werbedienst
Gieske, Rathausstraße 11.

Grundstück, ca. 1000 qm, an
zwei Hauptverkehrsstraßen,
Kleinbahn u. Stadtrd. gel.,
mit Mansardenwohnung, 2
Räume u. Küche, Gartenland,
sof. langfr. zu verpachten.
Geeignet für Baustoffe-
Kohlen-, landw. Maschinen-
oder Autobranche. B B 2419.

Besitzung mit Unterstellraum
für Wagenpark (ca. 1000
qm, gleich, wo gelegen, lang-
fristig zu pachten od. z. kauf.
ges. 4300 qm Bauland zwisch.
2 Straßen gelegen k. mit in
Zahlg. gegeben. v. B C 2420.

**Kolonial- oder Gemischtwaren-
geschäft** v. Fachmann zu
pachten oder kaufen gesucht.
Ang. unt. P R 2719.

Darleh., i. Hypothek, 6000.—
ges. Ang. u. KP 2608

Suche noch Kundschaft außer
dem Hause als Flickerin.
Angebote u. KW 2614.

Masseuse, staatlich gepr., mit
erstklass. Referenzen über-
nimmt n. einige Massagen
außer dem Hause. Ang. unt.
LH 2623

Akademiker erl. Anfängern f.
Fortgeschrittenen/Unterricht
i. franz. Sprache. Anfr. u.
MK 2647.

Fahre Ende Juni Anfang Juli
nach Süddeutschland und
nehme Besorg. an. Ang. unt.
M 790 an Ann.-Exp. d. Jak.
Vowinkel.

Wer erteilt engl. Unterricht f.
Anfänger? Ang. u. E R 2499.
Binder, saub. getr., w. i. Druck-
knopf-Krawatten u. Schleifen
umgebar Maßanfert. v. Ober-
hemden, Sporthemden und
Blusen bei Stofflief. A. Land-
häuser, Lessingstr. 32.

**Nordwestdeutsche Postwertzei-
chen-Auktion** am 19. 20. u.
21. Septemb. 1946 in Neheim-
Hüsten. Veranstalter Gerhilde
Bähr o. H. G. Einlieferungen
werden b. 1. August 1946 ent-
gegen. Beding. u. Aukt.-
Katalog d. Briefmarkenhdlg.
Gerhilde Bähr, (21b) Neheim-
Hüsten, o. H., Postfach 63.

Kursus. Wo kann ich mich an
Masseur-Kursus m. abschließ.
staatl. Prüfung beteiligen?
Ang. unter H 786 an Ann.-
Exp. d. Jak. Vowinkel.

Geschäftsmann, 61 J., ohne An-
hang, evgl. ausgeb., möchte
s. m. Geschäftsfrau wieder
verheiraten od. i. kl. Land-
wirtschaft einheiraten. Gute Mö-
bel s. n. vorh. Ang. unter
Nr. 1612 an Werbedienst
Gieske, Rathausstr. 11.

Suche f. meine Schwester evgl.
m. eigener Wohnung, ohne
deren Wissen Lebenskame-
raden i. Alter v. 30-40 J.
m. fester Existenz. Zuschr.
d. vertr. behandelt w. (Bild
s. d. zurück) unt. G 850 an
Ann.-Exp. d. Jak. Vowinkel.

In Jöllenbeck oder Umgebung
Grundstück bis 2000 qm zu
kaufen od. pachten gesucht.
Leichtmotorrad od. Radio k.
in Zahlung, gegeben werden.
Ang. unter P L 2714.

VERKAUFE
Linde-Kühlschrank, elektr. (Gl.-
Strom) zweitürig, 250 l. neu-
wertig überholt, z. verk. od. z.
vertauschen. Angebote unter
N Z 2681.

Schreibmaschine, neu, Olym-
pia, mit großem Wagen, zu
verk. Schlafzimmer zu kauf.
ges. Wertausgleich. Ang.
unter N 857 an Ann.-Exp.
d. Jak. Vowinkel.

2 Küchenschränke, 2 Rahmen-
matratzen, 2 Betten m. Ma-
trätzen, 1 Paar Damenschuhe
(39/40), 1 Gasherd, 2flammig,
zu verk. Gegenangebot unter
K 852 an Ann.-Exp. d. Jak.
Vowinkel.

Gewindebohrer f. mm-Gew. zu
verk. Fahrradbohrer 28 x
1,75, zu kaufen ges. Ang.
unt. M 856 an Ann.-Exp.
d. Jak. Vowinkel.

Haushalt-Nähmaschine, neu, zu
verk. Zu kaufen ges. Photo-
apparat, hochwert., Leica od.
ähnl. Wertausgleich. Ang.
unter P 858 an Ann.-Exp.
d. Jak. Vowinkel.

Ventilatoren, fabrikneu, (Sie-
mens Schuckert), 4 PS, 2800
Umdr. Min., zu verkauf. Zu
kaufen ges. Kompressor für
Farbspritzanlage u. Exhauster
Techn. Daten auf Anfrage.
Ang. unt. U 859 an Ann.-
Exp. d. Jak. Vowinkel.

Autoreifen mit Schlauch, 5,50 x
16, 2 Gaskocher, 2flammig,
z. verk. Ang. u. M G 2644.

Junghehen, weiße Leghorn,
abzugeb. Gegenangebot. erb.
Ang. u. Nr. 1546 an Werbe-
dienst Gieske.

6 Pekingtonen, 9 Wochen alt,
gegen Lieferung des Auf-
zuchtstuttes abzugeben. Her-
forder Straße 278.

Verkaufe neue elektr. Hand-
bohrmaschine oder elektr.
Schleifmaschine; zu kauf.
geschl. Reifen 4,50 x 17. Ang.
unter G 795 an Ann.-Exp.
d. Jak. Vowinkel.

KAUFGESUCHE
Heu z. kaufen ges. gebe Dün-
ger ab. W. Schnüll, Bielefeld,
Engersche Str. 59.

Schallplatten z. kaufen gesucht.
Ang. unt. D E 2708.

Kindersportwagen, guterr., geg.
beste Bezahl. z. kaufen ges.
Ang. unt. O G 2688.

Badewanne v. Landwirt z. kauf.
od. zu tauschen ges. Ang. unt.
O V 2701.

Schreibtisch und Wohnzimm-
erschrank z. kaufen ges. Ang.
unt. Nr. 1606 an Werbedienst
Gieske, Bielefeld, Rathaus-
str. 11.

Größere Fabrikbetriebe, mögl.
m. Anschlußgleis, z. Abbruch
z. kaufen ges. Ang. unt.
B M 1013 an MIDAG, Biele-
feld, Bismarckstr. 2.

Grundstück für Lagerhaus und
Büro (auch zerstört) ca. 500
qm z. kaufen ges. Ang. unt.
O C 2684.

Einige gut erhalt. saub. Korb-
flaschen, Kanister u. Oelkan-
nen versch. Größen z. kaufen
gesucht. Wilhelm Eilers jr.,
Falkstr. 9.

Elfenbeinkette zu kaufen ges.
evtl. Tausch. erb. Ang.
unter M L 2648.

Lagerregale, eis. od. hölz. z.
kauf. ges. Ang. u. M F 2643.

Kochherd, neu od. gebraucht,
Gasherd, neu od. gebraucht,
z. kauf. ges. Verkäufe oder
Tausche: Kücheneinrichtung,
Schrank, Tisch und Stühle,
neu, Polstersessel, neu. Ang.
unter M E 2642.

Typendruckmaschine zu kaufen
ges. Ang. unter Nr. 1551
an Werbedienst Gieske, Rath-
hausstraße 11

Flaschen, einige hundert, Liter
od. ¼ Liter, ges. Ang. unt.
L P 2630.

Kindersportwagen u. Bett mit
Polster u. Matratze, zu kauf.
ges. Ang. u. L G 2622.

H.-Halbschuhe, Gr. 42, gegen
Höchstpreis gesucht. Ang.
unter M S 2654.

Sexualpathologie. Lehrbücher,
Handbücher, auch einschl.
Lexika, Bildwerke u. Romane
dring. ges. M H 2645.

**Fleischereibedarfsartikelhand-
lung** mit Reparaturwerkstatt,
evtl. auch m. Grundstück zu
kaufen ges. Ang. unt. B M
1012 an d. Midag, Bielefeld,
Bismarckstr. 2.

Warmwasserspender zu kaufen
gesucht. Ang. unt. P O 2717.

Fütterstoff f. Anzug zu kaufen
ges. Verkäufe Nähmaschinen-
nadeln 1932a und 1910. Ang.
unter P V 2723.

TAUSCHWUNSCH
Klavier, gut., ges. Biete Kohlen
u. Wertausgl. Angeb. unter
NO 2673.

Flügel od. Piano i. gut. Zustand
ges. Biete günst. Tauschobj.
Ang. u. NP 2674.

Nähmaschine, gebr., gut erhalt.,
gegen entspr. Tauschang.
unter PT 2721.

Damastbettbezug, neuwert., 130
breit. Suche neue Kaffee-
od. Damast-Tischdecke. Ang. u.
LE 2620.

Zeitlem. Artikel, suche Ballon-
berufung. Gr. 20 und 26 mal
225. Ang. unter PS 2720.

Herrenjackett u. H.-Schuhe 42.
Suche: Fahrradbohrer. Ange-
bote unter NR 2675.

Frack, erstkl. Ware u. Verarb.
Suche gestr. dunkl. Anzug-
stoff. Ang. unt. N N 2672.

Maschinenwasserwaage, 200 mm
lang m. Holzkasten, Wasser-
waage, 300 mm lang, Ge-
windebohrer, je 2 Sätze ½,
½ und ¾ Zoll, Gewinde-
bohrer je 1 Satz 7/16 u. 9/16
Zoll. Suche: Herren-Regen-
o. Sommermantel Gr. 180 cm od.
andere Kleidungsstücke. Ang.
unter LW 2636.

Pumps, Gr. 38, hoher Absatz,
suche Stoff für Sommerkleid.
Angebote unter KT 2611.

Waschkommode, Kleiderschrank
2tür., Bettstelle m. Matratze,
Bild m. Rahm. 135x108, kl.
runder Tisch mit 2 Hocker,
(Rohr), 2 gep. Stuhlstühle,
Liegestuhl, suche elektrische
Kochplatte, dunkl. Herrenanzug,
1,68, 1-2 Fahrraddecken 28
mal 1¼. Ang. u. KV 2613.

Sommermantelstoff (Gabardin),
suche Anzugstoff. Ang. unt.
LA 2616.

Radio VE 7, suche Radio CF 3.
Friedrichstr.